

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die beispaltene Zeile 4 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Die Augsburger Gelben

haben eigentlich schon mehr von sich reden gemacht, wie diese Sekte wert ist, aber trotzdem wird man sich im Interesse der übrigen Arbeiterschaft mit dieser gewerkschaftlichen Sumpfpflanze weiter beschäftigen müssen. Denn das Gelbe Fieber in Augsburg frisst augenblicklich noch um sich und wenn die widernatürliche Erscheinung auch auf die Dauer der fortschrittlichen Arbeiterbewegung keinen nennenswerten Abbruch tun kann, so werden dennoch die Gesamtinteressen der Arbeiterschaft, insbesondere in solch verjumpten und durchseuchten Nestern wie Augsburg, von der gelben Gefahr aufs schwerste bedroht. Zudem machen die Scharfmacher, die legitimen Väter dieser Mißgeburt, die verzweifeltsten Anstrengungen, auch an andern Orten Gelbe Gewerkschaften ins Leben zu rufen und durch List, verbunden mit dem bekanntesten sanften Druck, ist es ihnen auch schon in verschiedenen Fällen mit mehr oder weniger Erfolg gelungen. In neuerer Zeit wird in Scharfmacherkreisen sogar ernstlich mit dem Plan umgegangen, die Gelben zu zentralisieren, um dadurch den zentralisierten Arbeiterorganisation eine ebenbürtige Streikbrecherorganisation entgegen zu stellen.

Der „Vorwärts“ Nr. 9 (1907) war in der Lage, das Rundschreiben eines Scharfmachers an die Arbeitgeber-Verbände zu veröffentlichen, worin der Plan einer Zentralisation der Gelben erläutert und begründet wird. Wie verlautet, sollen die Oberscharfmacher dem Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehen; ein Wunder, wenn es anders wäre!

Der Herd der Gelben Gewerkschaften und ihrer stärksten Rückhalt und ergiebigster Boden liegt in Augsburg. Von der Augsburger Maschinenfabrik, wo die Gelben erzeugt und in Reinkultur gezüchtet wurden, ist das gelbe Fieber schon auf mehrere andere Betriebe übergesprungen, so auch in verschiedenen Werken der Textilindustrie. Ein von den Augsburger Scharfmachern gestiftetes liberales Winkelblättchen, das sich als Organ der Gelben aufspielt, verkündete lautjubelnd vor einigen Tagen:

„Der sechste Arbeiterverein. Das kühne Beispiel der Arbeiterschaft von Wert Augsburg, die aller Anfeindung zum Trotz mit energischem Mut die drückenden Sklavenketten der terroristischen Organisationen abgestreift und sich auf eigene Füße gestellt hat, zieht mit magnetischer Kraft zur Nachahmung an. So haben sich in verhältnismäßig kurzer Zeit auf derselben Basis der Interessenharmonie weitere vier Arbeitervereine gebildet, zunächst in der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen vorm. Epple und Burgbaum, dann in der Maschinenfabrik L. A. Kiedinger, in der Papierfabrik von Gaiml und in der Baumwollspinnerei und Weberei Augsburg. Mit Jugrimm und verbissener Wut sehen die Organisationen, wie ihnen die hübschesten Felle davonschwimmen. . . .“

Dann berichtet die lokale Klatschbabe der Gelben und Scharfmacher über die Neugründung eines Arbeitswilligenvereins in der Zwirnerei und Nähfadefabrik Göggingen. Anscheinend hat die Erniedrigung und Verblödung der Augsburger Arbeiter ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Charakterlosigkeit und hündische Sklaveneinung feiern wackelig noch ihre Triumphe und die erbitterten Feinde der Arbeiterbewegung als Väter der Gelben scheinen die besten Hoffnungen für die Weiterentwicklung ihrer unnatürlichen Schöpfung zu hegen. Wie lange noch? Einmal wird der Zeitpunkt kommen, wo auch die gelben Gelaten Augsburgs das

Schmachvolle ihrer Lage einsehen und das Sklaventum abschüttelein werden.

Einen Vorläufer haben die Augsburger Streikbrecher-Vereine schon im vorigen Jahrzehnt in einem sogenannten „Ordnungsliebenden Verband“ gehabt, einer von den Wohlthaten und Liebesgaben der Unternehmer gespeisten Misch-Masch-Organisation. Dieser haben, leider sei es geklagt, auch die konfessionellen Arbeitervereine Augsburgs angehört und was noch interessanter ist, auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften Augsburgs haben sich stets frei und unabhängig ihr Schild rein erhalten und seit Gründung des Arbeitswilligen-Vereins vom Werk Augsburg im heftigen Kampf mit der Gelben Gilde gestanden.

Mit aller Entschiedenheit müssen wir deshalb auch gegen eine Unterstellung des Hirsch-Dunderschen „Regulator“ Nr. 3 Verwahrung einlegen, der es versucht, Gelbe und Christliche in einen Topf zu werfen. Mit Bezug auf die im Dezember 1906 in Oberhausen bei Augsburg stattgefundenen Gewerbegerichtswahl schreibt das S.-D. Blatt:

Die Christlichen hatten auf ihrer Liste auch zwei Gelbe aufgestellt. Der Lohn für solche Tapferkeit sollte denn auch nicht ausbleiben. Am Tage nach der Wahl wurden von der Augsburger Maschinenfabrik sämtliche Gewählten aus der Arbeit entlassen, mit Ausnahme der Christlichen und Gelben.“

Wie liegen hier nun die Sachen in Wirklichkeit? Die auf der Liste der christl. Arbeiter stehenden zwei Gelben waren vom katholischen Arbeiterverein Oberhausen, der mit den christlichen Gewerkschaften gemeinsam vorging, als Kandidaten präsentiert und ohne Vorwissen der verantwortlichen Gewerkschaftsführer auf die Liste genommen. Als der Charakter der Arbeitervereinskandidaten als Gelbe bekannt wurde, da war eine Veränderung zu spät, weil der Termin zur Einreichung der Listen abgelaufen war. Daraufhin ist seitens der christlichen Gewerkschaften bestimmt worden, wenigstens die strikte Anweisung seitens der oberen Leitung ist ergangen, diese Liste unter keinen Umständen zu wählen, sich also der Wahl zu enthalten, aber auch nicht öffentlich dagegen zu agitieren, weil doch keine neue Liste mehr eingereicht werden konnte. Durch diese Stellung ist auch die geringe Stimmzahl der christlichen Liste zu erklären, und wenn doch noch christlich organisierte Arbeiter die Liste mit den zwei Gelben Arbeitervereins gewählt haben, ist dieses eine grobe Disziplinlosigkeit und verdient entschiedene Verurteilung.

Die christlichen Gewerkschaften trifft mithin auch in diesem Falle keine Schuld. Eine nichtswürdige Verächtlichmachung liegt in der Darstellung des „Regulator“, als ob sich die Christlichen in Bruderschaft mit den Gelben des Wohlwollens der Maschinenfabrik erfreuten. Dem Hirsch-Dunderschen Artikelhreiber wird es ebenso bekannt sein, wie uns und allen Augsburger Gewerkschaftlern, daß schon eine ganze Anzahl Mitglieder der christlichen Gewerkschaften von der Maschinenfabrik gemäßigelt wurden und speziell noch bei Gründung der Gelben zwei brüderliche Führer aus Pflaster flogen, die auch heute noch keine andere Arbeit erhalten haben. Ebenso bekannt ist es, daß die christlichen Organisationen von den Machern der Gelben besonders gehaßt sind und in skrubelloser Weise bekämpft werden. Ferner weiß jedes Kind in Augsburg, daß die Hirsch-Dunderschen schon von den Reiten des Dr-

nungsliebenden Verbandes her den Gelben viel näher verwandt sind, wie die christlichen Gewerkschaften. Der Regulator hätte sich deshalb diese Unrempfung und Verächtlichmachung der christlichen Gewerkschaften besser erspart.

Nach unserm Programm und der ganzen bisherigen Entwicklung der Verhältnisse kann bei keinem objektiven und ehrlichen Menschen der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht nur mit den Gelben nichts gemein haben, sondern in diesen Gebilden die schlimmsten Feinde des vorwärtstrebenden Arbeiterstandes erblicken.

Daß in Oberhausen zwei Gelbe auf die Kandidatenliste der christlichen Arbeiter kamen, ist einzig die Schuld des dortigen katholischen Arbeitervereins und kann diesem Verein gewiß nicht zur Ehre gereichen. Und hier kommen wir an die unerquicklichste Seite der Gelben Frage in Augsburg, nämlich das Verhältnis der dortigen katholischen Arbeitervereine zu den Arbeitswilligen-Vereinen. Es ist nämlich eine betrübende Tatsache, daß ein großer Prozentsatz der Gelben von den Arbeitervereinen gestellt werden. Gelbe sind in den Arbeitervereinen in dominierenden Stellung und wissen jede Förderung der christlichen Gewerkschaften mit Gelber Schadenfreude zu hintertreiben. Wer wundert sich da noch, daß die christlichen Gewerkschaften in Augsburg rückwärts statt vorwärts gehen?

Nichts ist bis heute in den Arbeitervereinen ernstlich geschehen, um diesen skandalösen Zustand ein Ende zu bereiten. Damit handeln aber die Augsburger Arbeitervereine gegen die Direktiven und das Programm des Verbandes jüdisch-deutscher katholischer Arbeitervereine. Dieses Programm erblickt in den Gelben Gewerkschaften entschiedene Gegner, die mit Entschiedenheit abzulehnen und zu bekämpfen sind. Das Verbandsorgan der süddeutschen katholischen Arbeitervereine, „Der Arbeiter“, hat dieses in Nr. 47 (1906) gerade im Hinblick auf Augsburg klar und unzweideutig ausgesprochen. Da heißt es:

„Die Stellung der katholischen Arbeitervereine zu den „Gelben“ ist eigentlich schon dadurch gegeben, daß sich die ersteren, wenigstens unsere jüdisch- und westdeutschen Verbände, positiv auf den Boden der christlichen Gewerkschaften gestellt haben. Doch damit ist die Frage nicht erschöpfend gelöst. Wir halten eine selbständige, standesbewusste Arbeiterbewegung für unbedingt notwendig, fordern daher die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit den anderen Ständen auf allen Gebieten. Aus dem Grunde werden wir mit Nachdruck die Sicherung und den Ausbau der Koalitionsfreiheit. Die „Gelben“ aber begeben sich des bishigen Koalitionsrechtes, das der Arbeiter heute hat. Sie geben es preis für angebliche Wohlfahrtsanstaltungen und Geschenke und werden damit zu willenlosen Werkzeugen in den Händen des Großkapitals. Von Selbst- und Standesbewußtsein keine Spur mehr.“

Das ist der erste prinzipielle Widerspruch zwischen uns und den „Gelben“. Die weiteren ergeben sich daraus. Wir stehen mit den christlichen Gewerkschaften auf dem Standpunkt, daß bei berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes oder zur Vermeidung von Verschlechterungen als äußerstes Mittel, wenn alle anderen versagt haben, die Arbeitsverweigerung, der Streik, ein erlaubtes Mittel ist. Die „Gelben“ aber verdanken ihre ganze Existenz nur der offen ausgesprochenen Absicht, bei einem solchen Fall dem Unternehmer Streikbrecher-

um ihr Recht kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Hier werden sie also zum Verräter ihres eigenen Standes. Das ist die zweite Scheidewand, die zwischen uns und den „Gelben“ aufgerichtet ist.

Wir sind keine rein wirtschaftlichen Vereine und brauchen deshalb nicht direkt in die wirtschaftlichen Kämpfe einzugreifen. Dieses Gebiet überlassen wir den dazu berufenen christlichen Gewerkschaften. Wir stehen daher auch in keinem direkten Gegensatz zu den Arbeitgebern. Aber da wir Arbeitervereine sind, müssen auch die Arbeiterinteressen bei uns im Vordergrund stehen und alle solche Personen oder Vereinigungen, die Gegner oder Schädlinge der Arbeiterinteressen sind, müssen logisch auch unsere Gegner sein. In dem gewiß nicht kleinen Kreis dieser Gegner stehen auch die gelben Gewerkschaften.

Die unaussprechlichen Folgen der gelben Gewerkschaften müssen uns in dieser Gegnerschaft noch bestärken. Würden sie Boden fassen und bestehen können, so würde dadurch zunächst jede Selbständigkeit, der letzte Funke von Standesbewußtsein in der Arbeiterbevölkerung erstickt werden. Damit aber würde gerade jener Bewegung, die auf den Umsturz unserer Staats- und Gesellschaftsordnung hinarbeitet, der Sozialdemokratie, die man in einer geradezu unglaublichen Kurzsichtigkeit mit den „Gelben“ zurückhalten will, der Boden zu einer reichen Ernte geebnet werden.

Dazu kommt noch ein sehr wichtiges Moment hinzu. Weil eben die gelben Gewerkschaften den Nährboden zur Unzufriedenheit und Entfremdung abgeben und als sichere Vorstufe der Sozialdemokratie zu bezeichnen sind, deshalb werden auch unsere christlichen Grundsätze aufs schwerste dadurch gefährdet. Die vornehmste Aufgabe der kath. Arbeitervereine ist jedoch die Pflege unserer religiösen Ideale, die Hochhaltung der christlichen Weltanschauung, die auch im Wirtschaftsleben wieder zur Geltung kommen muß. Wer uns in diesem Bestreben nicht unterstützt, wer dieses unser Ziel, ob nun absichtlich oder fahrlässig, gefährdet, der ist unser Gegner und der muß es sich gefallen lassen, wenn wir ihn demgemäß behandeln.

Fassen wir alles zusammen, so kommen wir zu dem Urteil, daß die Stellung der katholischen Arbeitervereine zu den gelben Gewerkschaften nur eine scharf ablehnende sein kann.

Im Anschluß an diese unzweideutige Beurteilung verlangt der „Arbeiter“ Aufklärung der Arbeitervereinsmitglieder über die Gelbe Gefahr und betont ferner ausdrücklich, es sei darauf zu achten, daß keine „Gelben“ in Vertrauensstellungen im Arbeiterverein, etwa gar im Vorstand, Verwendung finden; daß solche als Kandidaten für Gewerbegerichts- oder andere Wahlen vom Arbeiterverein abminiert werden, muß ebenfalls gänzlich ausgeschlossen sein.

Hiermit ist durch das berufene Organ der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands das Tisch Tuch zwischen den Arbeitervereinen und Gelben Gewerkschaften zerschritten.

Wie sicher sich die Gelben aber in den Augsburger Arbeitervereinen fühlen und welcher Dreistigkeit — um kein schärferes passenderes Wort zu gebrauchen — diese Leute fähig sind, zeigt ein jederlicher Protest, den acht Gelbe Arbeitervereinsmitglieder durch eine öffentliche Erklärung mit Namensunterschrift in der Tagespresse gegen die Ausführungen des „Arbeiter“ eingelegt haben. Darauf wird diesen „Helden“ der Arbeitervereine im „Arbeiter“ Nr. 3 (1907), die gebührende Antwort zuteil. Der „Arbeiter“ teilt zunächst mit, daß seine grundsätzliche Stellungnahme zu den Gelben im ganzen Verbandsgebiet aufrichtigste Zustimmung gefunden habe und fährt dann fort:

„Wir sind nicht so grausam, vor den 100 000 Brüdern und Kollegen unseres süddeutschen Verbandes die Namen dieser feber Herren zu nennen, haben auch gar kein Bedürfnis, uns auf eine weitere Diskussion einzulassen, sondern wollen nur einige bewandert markante Stellen aus dem eben umfangreichen wie felderlichen Protest hervorheben, der in seiner Art ein Schulbeispiel von Unflätigkeit über die Ziele der christlichen Arbeiterbewegung ist. Wenn es in dem Artikel mit Bezug auf unsere ersten Ausführungen im Tone der Entrüstung heißt: „Das ist Absicht und programmmäßiges Handeln“, so stimmen wir, von dem angenehmen Gedanken beiseite, daß wir noch ein Programm und Grundsätze haben, den Herren Einjüngern vollkommen bei und bewandert nur das eine, das einzige wenige

dieselben anscheinend über Bord geworfen haben. Damit aber diese „Mitglieder eines katholischen Arbeitervereins, welche jahrzehntelang für die katholische Sache gearbeitet haben“, auch wissen, woher unser Programm, nur für die interkonfessionellen, christlichen Gewerkschaften im Verbandsgebiet zutreten, stammt, wollen die Herren das Protokoll des 13. Delegiertentages der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands zu Ingolstadt (1903) studieren. Dort steht nach den ausgiebigen Debatten über die christliche Gewerkschaftsbewegung in der Resolution (Seite 69) folgendes zu lesen: „Der Verband kann seine Sympathien aber nur den auf dem Boden der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehenden Organisationen widmen.“ Und in der vorangehenden Diskussion sprach der Delegierte Augsburgs, der wohl im Sinne seines Vereines gesprochen hat, ausdrücklich: „Es ist höchste Zeit, daß wir entschiedene Stellung für die christlichen Gewerkschaften einnehmen.“ (Seite 55.)

Diese Resolution wurde von dem ganzen Verbandsverbande anerkannt, ihre Intentionen praktisch durchgeführt und darum hat sie auch für Augsburg Gültigkeit, solange, bis man uns nachzuweisen imstande ist, daß der „Arbeiterverein von Wert Augsburg“ eine christliche Gewerkschaft ist. Trifft das zu, dann werden wir mit vermehrter Blühigkeit unser „unchristliches Gebahren“ ablegen und „Frieden in allen Beziehungen“ schließen. Solange aber Paragraph 2 der Statuten des „Arbeiterverein von Wert Augsburg“ bestimmt, daß den Mitgliedern der Beitritt zu jeder anderen Organisation untersagt ist, solange ist an eine solche Umwandlung nicht zu denken. Durch diesen Satz wird das freie Koalitionsrecht vereitelt, ein Recht, das zu den Naturrechten des Menschen gehört, dessen Vereitelung dem christlichen Sittengesetze wie auch dem positiv deutschen Rechte widerspricht, das die Koalitionsfreiheit anerkennt.

Auf den übrigen Inhalt dieses Protestes einzugehen, halten wir nicht für notwendig. Denn das starke Hervorheben des christlichen Standpunktes von Leuten, die sich ihren Kollegen gegenüber selbst so wenig christlich benehmen, enthebt uns weiterer Widerlegung.

Ueber diese klare und energische Stellungnahme des süddeutschen Arbeitervereinsorgans wird in der gesamten christlichen Arbeiterschaft, vor allem in Gewerkschaftskreisen, volle Anerkennung und aufrichtige Genugtuung herrschen. Hätten die Augsburger kath. Arb. Vereine diesem Programm gemäß gehandelt, dann würden die Gelben niemals in Augsburg so weit gediehen sein. Denn es soll einmal offen ausgesprochen werden: An dem Uebertouren der Streikbrecher-Vereine in Augsburg tragen die dortigen konfessionellen Arbeitervereine ein vollgültigstes Maß von Schuld. In diesen Vereinen hat man, — auf die Liebesgaben der Unternehmer gestützt, — jede Erziehung zur Opferwilligkeit, zu einem gesunden Standesbewußtsein und zur Selbständigkeit in größtmöglicher Weise vernachlässigt. Mit Almosen der Unternehmer ist in dieser Vereinen seit der Zeit des ordnungstüchtigen Verbandes prügelt worden und mit Gewerkschaften dachte man niemals den so verzögerten Leuten hinmen. Dazu der in der Augsburger Arbeiterschaft sprichwörtliche Hang zur Charakterlosigkeit, zur Untertänigkeit und eine kaum noch zu übertreffende Selbstsucht geben uns für die gegenwärtigen zum Himmel stinkenden Zustände in Augsburg eine Erklärung.

Soll es hier anders werden, dann ist eine Umkehr in den konfessionellen Arbeitervereinen die erste und unerlässliche Vorbedingung. Vor allem müßte hier reiner Tisch mit den Gelben gemacht werden. Geschieht das nicht, dann werden alle Mühen und die größten Opfer der christlichen Gewerkschaften vollständig nutzlos sein. Die skandalösen Zustände werden nur einzig und allein der Sozialdemokratie in letzter Linie die Gassen in die Straße treiben. Große Hoffnungen für diese Umkehr in den dortigen Vereinen haben wir nicht und die Schädigung der traurigen Zustände in Augsburg auch nur als ein abschreckendes Beispiel für andere Orte, wo die Gelbe Gefahr aufzutauchen könnte, unternommen.

Soll Augsburg nicht vollständig für die christliche Arbeiterbewegung verloren sein und der Sozialdemokratie anheimfallen, dann wird eine gründliche Erneuerung der dortigen konfessionellen Arbeitervereine an Haupt und Gliedern notwendig sein. Wenn das geschehen wird, haben wir noch Hoffnung, auch im verhassten Augsburg die Fahne der christlichen Arbeiterbewegung hochzuhalten und zum Siege zu führen.

Das steuerliche Ausnahme-Gesetz,

wonach in Preußen bei Einkommen unter 3000 Mk. der Arbeitgeber verpflichtet ist, diese Einkommen jener Arbeiter und Angestellten der Steuerbehörde anzugeben, soll weiter bestehen bleiben. Im preussischen Abgeordnetenhaus hatte die Zentrumspartei einen Antrag auf Beseitigung des Paragraphen 23 des Einkommensteuergesetzes eingebracht, worauf die Sache am 12. Jan. zur Sprache kam. Dazu erklärte der Finanzminister von Rheinbaben u. a. folgendes:

„Die Frage, ob der Paragraph 23 des Einkommensteuergesetzes bestehen bleiben soll, beantwortete ich mit Ja und ich hoffe, daß der Abg. Dr. Friedberg das Werk seiner eigenen (nationalliberalen) Partei nicht zerstören wird. (Sehr wahr!) Der Paragraph 23 dient der steuerpflichtigen Wahrheit und Gerechtigkeit, und dafür müssen alle Parteien eintreten. Es kann keinen Menschen erbittern, wenn er nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zur Steuer herangezogen wird. (Sehr richtig!) Wohl aber muß es die Steuerzahler erbittern, wenn viele zur Steuer nicht herangezogen werden. Wenn wir nicht die Bestimmung haben, daß die Arbeitgeber unter Namensnennung die Einkommen bis zu 3000 Mk. anzugeben haben, wäre die geplante Maßregel nur ein toter Buchstabe.“

Im vorigen Jahre, als diese Bestimmung auf Antrag der Nationalliberalen mit Unterstützung der Konservativen geschaffen wurde, da nahm der Minister eine sehr vorsichtige Stellung ein. Er legte damals in der Kommission Wert darauf, festgestellt zu sehen, daß die Anr. gung zu dieser Bestimmung nicht von der Regierung ausgehe. Jetzt, nachdem er ein Jahr lang die Wirkung dieser Bestimmung beobachtet und gesehen hat, daß sie in ungeheurem Grade die Einkünfte des Staates verbessert, hat er sich sehr zufrieden mit seinen Bedenken abgefunden und möchte diese von den Arbeitern und Angestellten als ein Ausnahme-gesetz schlimmster Art empfundene Bestimmung beibehalten nicht lassen.

Mit seiner Begründung dieser Ausnahmegesetzungen wird der Minister aber keinen Eindruck machen können. Tatsächlich trifft den kleinen Mann mit einem kleinen Einkommen die wenn auch niedrige Steuer schärfer als den Wohlhabenden, der von seinem Ueberschusse zahlt. Aber darum handelt es sich gegenwärtig gar nicht, es fragt sich jetzt, ob es gerecht ist, das kleine Arbeiter-einkommen bis zum letzten Pfennig heranzuziehen, während man die übrigen Einkommen über 3000 Mk. vollkommen ungeschoren läßt. Das ist der Kernpunkt des Streites. Davon aber hat von Rheinbaben mit keinem Worte gesprochen. Für die Einkommen über 3000 Mk. scheint die „steuerliche Wahrheit und Gerechtigkeit“ mithin nicht vorzöten zu sein.

Die Arbeiterschaft wird von der neuen Bestimmung deshalb so empfindlich betroffen, weil jetzt der Verdienst für jede Stunde Ueberarbeit mit besteuert wird. Nun darf aber niemand annehmen, daß der Verdienst etwaiger Ueberarbeit dem sonstigen normalen Einkommen gleichzurechnen wäre. Abgesehen von der übermäßigen Anstrengung und Ausnutzung der Arbeitskraft bedingt die Ueberarbeit auch weitgehende erhöhte Ausgaben für Nahrung usw. Bei einer eingelegten Nachtschicht z. B. wird der Arbeiter selbstverständlich viel mehr Auslagen für Speisen und Getränke haben, als wenn er sich zu Hause der nötigen Nachtruhe widmen könnte. Für jeden Pfennig Mehrverdienst muß der Arbeiter jetzt aber auch noch dem Vater Staat seine Steuer entrichten. Das nennt Herr Rheinbaben steuerliche Wahrheit und Gerechtigkeit.

Weder die Väter des Ausnahmegesetzes noch der preussische Finanzminister werden so naiv sein zu glauben, daß die Inhaber von Einkommen über 3000 und die oberen Zehntausend erst recht ihren letzten Pfennig Einkommen als steuerpflichtig angeben. Diesen mit Glücksgütern besser Bedachten stehen so viele Mittel und Hintertüren zur Verfügung, um alles mögliche als nicht steuerpflichtig von ihrem Einkommen in Abzug zu bringen. Wenn aber die steuerliche Gerechtigkeit bei den ärmeren Schichten so notwendig und nutzbringend ist, dann soll man auch die stärkeren Schultern nicht so gnädig verschonen.

Ebenso oder noch ungerechter wie bei der Ueberarbeit müßt die neue Bestimmung bei den bedauerndsten Arbeiterfamilien, wo die Frau noch zum Mitverdienen gezwungen ist. Hierzu möchten wir einem Nichtarbeiter das Wort erteilen, nämlich dem Bürgermeister Rodig-Worst, der in Nr. 16

der „Sozialen Praxis“ zu dieser Angelegenheit folgendes schreibt:

Zu Härten führen aber die Steuerfälle, wenn es sich um kinderreiche Familien handelt. Ein Arbeiter hat eine Frau und 3 oder 4 Kinder bei einem Einkommen von 900—1050 Mk. zu ernähren — gewiß ein Normalfall. Er würde nach dem fingierten Staatssteuersatz von 4 Mk. etwa 8 Mk. jährlich Steuern zu zahlen haben. Diese Steuer ist so wenig bedeutend, daß er sie wohl zahlen kann. Aber er kann mit diesem Einkommen die Familie von 5 oder 6 Köpfen in einer Industriestadt mit einigermaßen teuren Lebensverhältnissen — wie das in Industriestädten meist der Fall zu sein pflegt — nicht ernähren; die Frau muß mitverdienen; sie geht in die Fabrik und verdient vielleicht 600 Mk. Nun muß der Arbeiter anstatt der 8 Mk. jährlich 48 Mark Steuer zahlen. Weil also die Frau gezwungen war mitzuerdienen, muß der Mann jährlich 40 Mk. mehr Steuern zahlen; die Frau arbeitet also fast 3 1/2 Wochen im Jahre, die sie besser für ihre Kinder verwenden könnte, für Ausbringung der Steuer. — Ein Arbeiter hat ein Verdienst von 1050—1200 Mk., wovon er eine Frau und 5 oder 6 Kinder zu ernähren hat; sein Einkommen wird nur zum allerwidrigsten Unterhalt der Familie ausreichen und auch hier wird sich die Frau gezwungen sehen mitzuarbeiten; die Eltern verdienen zusammen vielleicht 1850 Mk., ein Verdienst, von dem die zahlreiche Familie nicht etwa übermäßig gut leben kann, besonders wenn man bedenkt, daß für Beaufsichtigung der Kinder auch meist bezahlt werden muß. Während bei Alleinarbeit des Mannes vom fingierten Staatssteuersatz nur 8 Mk. zu zahlen gewesen wäre, müssen nunmehr wegen Mitarbeit der Frau 63 Mk. jährlich Steuern gezahlt werden; die Mitarbeit der Frau verursacht also einen Steueraufwand von 55 Mk.

Wer zahlt nun die Steuern leichter; der unverheiratete Arbeiter mit einem Einkommen von 1050 bis 1200 Mk., welcher 27 Mk. zu zahlen hat oder der Arbeiter unseres letzten Falles, welcher bei einem Einkommen von 1850 Mk. 63 Mk. Steuer zu zahlen hat? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. — In der armenrechtlichen Praxis rechnet man in städtischen Verhältnissen mit einer durchschnittlichen jährlichen Zahlung von mindestens 200 Mk. für ein in Pflegehülle unterzubringendes Kind. Nimmt man an, daß von dieser Summe ein Viertel für die Beaufsichtigungstätigkeit abzurechnen ist, so bleibt für den Lebensunterhalt des im Wege der Armenpflege verpflegten Kindes 150 Mk. übrig. Das Kind in der Arbeiterfamilie dürfte nicht weniger kosten. Der Vater in unserem letzten Falle müßte also allein 750 bezw. 900 Mk. auf den Unterhalt seiner Kinder rechnen.

Mehr als je dürfte sich daher jetzt, nachdem man einerseits das Mittel gefunden hat, das Arbeiter Einkommen genau zu ermitteln und andererseits sich die Lebensverhältnisse in einer außerordentlichen Weise verteuert haben, die Notwendigkeit herausstellen, einen gerechten Ausgleich in der Besteuerung geringer Einkommen zu suchen. Der gerechteste Ausgleich dürfte aber in einem Abzug der durchschnittlichen Unterhaltskosten für Kinder, die mit 150 Mark für ein Kind nicht zu hoch bemessen sein dürften, vom Gesamteinkommen bei Einkommen unter 3000 Mk. zu finden sein. Der jetzige Abzug von 50 Mk. ist so unbedeutend, daß er keine erhebliche Wirkung ausüben kann und ist ungerechtfertigt, weil er unter den jetzigen Lebensverhältnissen höchstens einem Drittel der Unterhaltskosten für ein Kind entspricht. Würde für jedes Kind aber ein Abzug von 150 Mk. gestattet, so würde der Steuerpflichtige in unserem ersten Falle statt 48 Mk. bei 3 Kindern 27 Mk., bei 4 Kindern 18 Mk. Steuer zu zahlen haben; in unserem zweiten Falle statt 63 Mk. bei 5 Kindern 27 Mk., bei 6 Kindern 18 Mk.; immerhin noch genügend Steuern für die in Betracht kommenden Lebensverhältnisse, aber eine zu erschwingende Steuer.

Zu Mitgliedern der Voreinschätzungs-Kommission werden meistens Personen gewählt, die selbst ein Einkommen unter 3000 Mk. haben, weil sie den Einzuschätzenden näher stehen und ihre Lebensverhältnisse kennen. Im allgemeinen gehen diese Kommissionen bei der Einschätzung des Einzelnen nicht gern unter den vom Gemeindeverband vorgeschlagenen Satz herunter; in diesem Jahre so in einem aber haben wir gesehen, daß von den Mitgliedern, die meist Handwerker waren, alle möglichen Gründe hervorgehoben wurden, um den Steuerfall des Arbeiters, so er ein Familienvater ist, zu drücken, da er allgemein als ungerecht empfunden wurde.

Man wird folgern dürfen, daß mit den Mitgliedern der Voreinschätzungs-Kommission ein sehr großer Teil des Volkes die jetzt notwendig werdende Besteuerung der geringen Einkommen, insbesondere des Arbeiterstandes in den oben ausgeführten Fällen als ungerecht empfunden wird, und man wird zugeben müssen, daß sie in den Fällen, in welchen Kinderreichtum die Frau zur Mitarbeit zwingt, tatsächlich ungerecht ist. Vielleicht niemand hat die geschilderte Wirkung des neuen Gesetzes, insbesondere des Paragraphen 23 Nr. 3, auf derartige Familien vorausgesehen, geschweige denn gewollt. Die Ausföhrung des Gesetzes wird in Arbeiterbezirken — insbesondere in solchen mit Frauenarbeit — eine tiefgreifende Unzufriedenheit hervorrufen. Zwar ist diese insofern unberechtigt, als der jetzigen Besteuerung keine anderen materiellen Vorschriften wie bisher zu Grunde liegen. Der Arbeiter hätte also schon früher in der jetzigen Höhe besteuert werden müssen. Aber infolge der besseren Ermittlungen auf Grund des Paragraphen 23 Nr. 3 tritt es jetzt besonders scharf hervor, daß die Steuer in den Einkommensstufen von 900 bis 3000 Mk. bei kinderreichen Familien ungerecht wirkt. An vielen Stellen werden jetzt Beamten — nur in vereinzelt Fällen Arbeitern — Teuerungszulagen gegeben; diese haben bei derartigen Einkommen meist die Höhe von 50 bis 100 Mark. Da kommt zu derselben Zeit die Ausföhrung des neuen Einkommensteuergesetzes und nimmt zahlreiche Arbeiter ungefähr den gleichen Betrag an Steuern mehr ab. Das ist ein zufälliges aber recht unangenehmes Zusammentreffen. Da nun der schuldige Paragraph 23 Nr. 3 an sich gerecht ist, darf er nicht aufgehoben werden. (? D. R.)

Wenn aber diese tatsächlichen, ungünstigen Wirkungen nicht gewollt waren, dann sollte man gerade jetzt das Linderungsmittel geben, das schon lange erwünscht, jetzt notwendig ist: die möglichst vollständige Berücksichtigung der Last, die dem Steuerpflichtigen durch Aufzöhung der Kinder erwächst. Daß der Steuerpflichtige mit einer guten Aufzöhung seiner Kinder auch dem Staate etwas leistet, braucht hier nicht ausgeföhrt zu werden.

Der Landtag ist beisammen. Die Gesetzesänderung bedarf keiner allzu weitgehenden Umfragen und Ermittlungen. Möchte man schnell handeln, ehe die ungünstige Wirkung allzu stark in Erscheinung tritt und eine tatsächlich begründete Unzufriedenheit in vielen Kreisen hervorruft.

Demaskierte Lafaien.

Das vollständige Aufgehen der „freien“ Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Partei hat sich bei der diesmaligen Reichstagswahl durch eine ganz offene Propaganda in den Versammlungen und Organen der „Freien“ gezeigt. Damit aber nicht genug, hat sich auch eine finanzielle Verbrüderung und Verschmelzung bemerkbar gemacht. Tagtäglich können die sozialdemokratischen Parteiblätter ganz beträchtliche Summen aus den Kassen der angeblich neutralen (?) freien Organisationen quittieren. Hier wird also auch das Geld der rückgratlosen Mitläufer in den sozialdemokratischen Gewerkschaften, die politisch nicht zur Sozialdemokratie, sondern zu den bürgerlichen Parteien gehören, für parteipolitische Bestrebungen verwandt, denen die betr. Leute fern oder sogar als Gegner gegenüber stehen. Doch was scheert das die neutralen Laien, die sind eben nur neutral, wenn sie in nicht sozialdemokratischen Arbeiterkreisen Gimpelgang betreiben wollen. Darum die Maske herunter, ihr Heuchler, daß euch überall selbst in den weltentlegensten Orten das unfaubere Heuchlerhandwerk gelegt werden kann. Die Verbrüderung auf finanziellem Gebiet, das Schwören der Gewerkschaftskassen zugunsten des roten Wahlbonds gibt dafür eine wirksame Waffe. Wir lassen deshalb einige Dokumente dieser freigewerkschaftlichen Neutralität (?) hier folgen.

Das sozialdemokratische Zentralorgan, der „Vorwärts“, quittiert in Nr. 303 vom Verband der Bäcker, Ortsgruppe Berlin, 500 Mk. In seiner Nummer 309 (1906) meldet dasselbe Blatt:

„Für den Wahlbonds. Die Beiträge von Gewerkschaftszahlstellen und Gewerkschaftskassen zum Wahlbonds der einzelnen Kreise mehrten sich in erhebender Weise. Wir verzeichnen folgende Spenden: Bremen: Maurer 3000, Bauarbeiter 1. Rate 200, Musiker 20, Metallarbeiter 1000, Schuhmacher 300, Handels- und Transportarbeiter 50, Fensterputzer 25, Fabrikarbeiter 500, Schneider 200 Mk. Bremerhaven: Seekute 500 Mk., Leipzig: Maurer,

3000, Zimmerer 200, Bauhilfsarbeiter 200, Tischler 1. Rate 100 Mk. Kiel: Zimmerer 1. Rate 200 Mk. Köln: Metallarbeiter 500, Verein freier Gast-Schankwirte 500 Mk. Breslau: Maurer 300, Flensburg: Gewerkschaftskarteil 1700 Mk. Zur Abmahnung empfohlen!

Die „Leipziger Volkszeitung“ quittiert in Nr. 295 vom 21. Dezember: Zentralverband Handlungsgehülfen 1. Rate 50 Mk., Nr. 296 vom 22. Dezember: Metallarbeiter Markfrankstädts bei Otto Zeising 50 Mk., Nr. 297 vom 24. Dezember: Zentralverband der Stukkateure, Gipser, Pließer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands 1. Rate 50 Mk., Verband freier Gastwirte Deutschlands (Zentralverwaltung) 50 Mk., Nr. 298 vom 27. Dezember: Dachdecker 50 Mk., Kürschner, Zahist. Köthe 109 Mark, Nr. 1 vom 2. Jan. (1907): Zahist. Binder des deutschen Kürschnerverbandes 100 Mk. In Nr. 3 vom 4. Januar: Textilarbeiterverband 1. Rate 100 Mk. Nach einer in derselben Nummer erfolgten Quittung des „Agitationskomitees des 11., 13. und 14. sächsischen Reichstagswahlkreises“ ben bei diesem gespendet: Töpfer Leipzig 100 Mk. Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 500 Mk. Zimmerer, Leipzig 200 Mk., Musiker-Vereinigung Leipzig 30 Mk., Holzarbeiter Leipzig 500 Mk., Maurer Leipzig 3000 Mk., Mühlenarbeiter-Verband Leipzig 50 Mk., Gewerkschaftsausschuß Leipzig 1500 Mk., Nr. 4 vom 5. Januar Fabrikarbeiterverband Markfrankstadt 50 Mk.

Die Dortmunder Arbeiterztg. (Nr. 300) 1907 berichtet:

Gewerkschaftler des Ruhrgebiets machts nach 3000 Mk. an den Wahlbonds unserer Partei abzuliefern, beschloß in Leipzig eine Versammlung. Maurer. Ferner haben die Bauhilfsarbeiter beschloßen, 200 Mk., die Musiker in Leipzig 30 Mk. und die Zimmerer 200 Mk. an den Wahlbonds abzuliefern. — Eine gut besuchte Versammlung der Bauhilfsarbeiter in Düsseldorf beschloß, als Rate für den Wahlbonds 200 Mk. abzuliefern.“

In der Nr. 2 der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ vom 3. Januar findet sich hierzu noch folgende Notiz:

„Eine besonders erfreuliche Erscheinung die Wahlkampfes ist die überaus rege Beteiligung der Gewerkschaften an den Sammlungen für den sozialdemokratischen Wahlbonds. So hat neuerdings wieder die Zahlstelle Berlin des Verbandes der Brauereiarbeiter dem Wahlbonds 500 Mark überwiesen. Dies ist umso mehr anzuerkennen, als die Berliner Brauereiarbeiter eventuell in nächster Zeit in einen Wahlkampf eintreten müssen.“

Die organisierten Metallarbeiter in Halle a. S. haben 1000 Mk. zum Wahlbonds gegeben. Sie wollen den Betrag durch einen Extrabeitrag decken.

Der Zentralvorstand des Verbandes der hessischen gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands hat dem Parteivorstand 5000 Mk. als Beihilfe zur Reichstagswahl überandt.

Dies Vorgehen sei wiederholt den Gewerkschaften im Ruhrrevier als sehr nachahmenswertes Beispiel empfohlen!!!“

In Nr. 5 (1907) kann der „Vorwärts“ folgende Spenden verzeichnen: Vom Verband der Bauhilfsarbeiter, Zweigverein Berlin 1000 Mk. Vom Zentralvorstand des Verbandes der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands 6000 Mk. Vom Zentralvorstand des Verbandes der Schuhmacher 2000 Mk. Vom Zentralverband der Brauereiarbeiter, Sektion II Berlin 500 Mk. Vom Vorstand des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes (Stz. Berlin) 300 Mk. Das Gewerkschaftskarteil in Wiesbaden hat beschloßen, bei den einzelnen Gewerkschaftszahlstellen anzuregen, für jedes Mitglied 50 Pfg. an den Wahlbonds abzuliefern.

Das Zentralorgan der Sozialen Praxis schreibt am 1. Januar 1907 in seiner Nr. 11:

Von den Gewerkschaften sind an größeren Beträgen dem Parteivorstande überwiesen: Vom Holzarbeiterverband, Zahlstelle Hamburg 6000 Mk. Vom Zentralverband der Maurer, Zahlstelle Hamburg 1000 Mk. Vom Verband der Hafenarbeiter 1500 Mk. Vom Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands 1000 Mk. Von der Vereinigung der Maler Deutschlands, Filiale Berlin 300 Mk. Von der Vereinigung der Maler Deutschlands, Filiale Hamburg 500 Mk. Vom Verein zur Wahrung der Interessen der Papper Berlins um die Umgebung 150 Mk. Zentralverband der Dachdecker Deutschlands 100 Mk. Zentralverband der Maurer Zweigverein Berlin 5000 Mk.

Vorwärts Nr. 12 (1907): Zentralorganisierte Köpfer der Schönhäuser Vorstadt 25 Mk. Zentralverband der Maurer, Zahlstelle Köpenick 100 Mk. Zentralisierte Lederarbeiter Berlin I 100 Mk.

Im Vorwärts Nr. 14 (1907) werden folgende Summen quittiert: Deutscher Tabakarbeiter-Verband Zahlstelle Berlin 100, Verband der Bauhilfsarbeiter Zweigverein Berlin 1000, Verband der Tapezierer Filiale Berlin 300, vom Zentralverband der Steinbohrer usw., Filiale Groß-Berlin I 500, Zentralverband der Maurer, Zahlstelle Charlottenburg 50, deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltung Hamburg 1000, Hauptkassse des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen 100, Hamburg, vom Verband der baugewerb. Hilfsarbeiter Deutschlands 5000, Verband der Sattler, Ortsverwaltung Berlin, 200 Mk.

Vorwärts Nr. 15 (1907): Verband der Grazerer und Bijouleur, Filiale Berlin 100, Zentralverband der Schmiede, Filiale Königs-Wusterhausen 50. „Vorwärts“ Nr. 18 (1907): Verband der Lederarbeiter Berlin II 100, Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter 41, Verband der Sattler, Ortsverein Berlin 100, Zentral-Verband der Steinbohrer Berlin II 50.

In derselben Nummer quittiert der „Vorwärts“ auch von der Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. P. 29, Hamburg), Filiale Pantom 10 Mk.

Die sozialdemokratische Niederrheinische Arbeiter-Zeitung in Duisburg meldet in Nr. 7 (1907):

„Als Munition für den Wahlkampf zeichneten:

Table with 2 columns: Name of organization and amount. Includes Metallarbeiterverb., Holzarbeiterverband, Zentralverb. der Maurer, Zentralverb. der Zimmerer, Verband der Sattler, Verband der Bäcker.

Möge dieses Beispiel eifrige Nachahmung finden.“

Die rote Dortmunder Arbeiter-Zeitung Nr. 21 (1907) meldet eine Beihilfe von 10 Mk. der Zahlstelle Vorbeck des „alten“ Bergarbeiterverbandes und fügt hinzu: „Unsere Bergarbeiter werden öffentlich im ganzen Wahlkreise sich der wirklichen finanziellen Hilfe bei dem Bergarbeiterstreik entziehen und es der Vorbeder Zahlstelle nachmachen in der Wahlbeihilfe.“ Das ist dasselbe Blatt, welches mit Aufgebot aller Kräfte für eine Verschmelzung der Bergarbeiterverbände agitiert und über christliche Arbeitervertreter sich entrüstet, weil die christlichen Bergleute auf den Schwindel nicht hereinfallen wollen.

Dann quittiert dieselbe Nr. des Blattes noch folgende Liebesgaben:

- List of donations: Dortmund, Schuhmacher-Verband 10.-, Kaiser-Verband 50.-, Hückarde, Zahlstelle des Bergarb.-Verb. 20.-, Schüren, Zahlstelle des Bergarb.-Verb. 50.-, Dachsieder, gesammelt 5.50, Schneider-Verband 20.-, der Zahlstelle der Schuhmacher, Kamen, 10.-, von der Zahlstelle der Transportarbeiter, Hamm, 5.-, Beihilfe der Schuhmacher, Hamm, 5.-, Zahlstelle der Kaiser, Sattler und Anstreicher, Hamm, 25.-, Zahlstelle der Holzarbeiter, Hamm, 30.-, Zahlstelle der Schneider Hamm 25.-

Dieselbe Nummer 21 der „Dortm. Arb.-Ztg.“ berichtet auch über die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Essen des sozialdem. Metallarbeiterverbandes. Nach einem Vortrag über die Reichstagswahl stand ein Antrag der Ortsverwaltung zur Beratung, dem sozialdem. Wahlfonds 500 Mk. zu überweisen. Darüber berichtet das Blatt:

„Mit Begeisterung wirgen die einzelnen Redner darauf hin, daß es Pflicht sei, nicht 500, sondern 1000 Mk. zu geben, denn es gebe nur eine Partei, die die Arbeiterinteressen als höchstes achteten und wählten, und das wäre die sozialdemokratische Einigkeit mit brausendem Hoch, wurde beschlossene 1000 Mk. dem Wahlfonds zu überweisen. Arme Wohlthäter, (Das ist in der Genossenschafts- und Arbeiter-Zeitung nicht wahr, Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins?)“

Die Sozialorganisierten wollen nicht hinter den Zentralgenossen zurückbleiben und so meldet der Sünder Stahlwarenarbeiter:

Munition zur Reichstagswahl. In der am Samstag abgehaltenen Vertreterversammlung des Industriearbeiterverbandes wurden einstimmig 500 Mk. für den Reichstagswahlfonds bewilligt. Hears!“

Das sind schon annähernd 80 000 Mk., die aus den freien Gewerkschaftskassen in den roten Wahlfonds fließen, durch die eigenen Blätter quittiert. Damit wird der Abstrich jedoch noch nicht vollständig dargestellt sein, es sind ja nur einige Parteinorgane als Empfangsbefähigter angeführt. Die Leitungen der freien Gewerkschaften betrachten es als ganz selbstverständlich und gehen von der Erwägung aus, daß alle freien Mitglieder auch Sozialdemokraten sein müssen, die gegen eine derartige Verwendung der Gewerkschaftsgelder nichts einzuwenden hätten.

Nur ein freies Gewerkschaftsorgan hat einen schwächlichen Widerspruch gewagt, was ihm aber auch sofort eine gehörige Abzanzelung eingetragen hat. Der Buchdrucker-Korrespondent hatte nämlich in Nr. 8 (1907) folgende Briefkastennotiz gewagt:

„S. G. in Frankfurt a. M.. Die Verwendung von Geldern aus der Bezirks- oder Ortskasse zugunsten des Wahlfonds irgend einer politischen Partei ist unzulässig und dem Verbandsstatut zuwiderhandelnd; wir halten solche Beschlüsse für sehr untastlich, unsere Arbeit erschwerend und im Grunde genommen wirklich überflüssig.“

Dafür bekommt er vom roten Zentralorgan, Vorwärts Nr. 18, folgenden Rippenstoß:

„Also schreibt ein Arbeiterorgan zu derselben Zeit, wo Arbeitgeberverbände beschließen, die bürgerlichen Parteien finanziell zu unterstützen. In einer Zeit, wo das von der Regierung geplante Antigerwerkschaftsgezet noch in aller Erinnerung ist!“

Damit die Deffentlichkeit jedoch über die rote Prinzipientreue des „neutralen (?) Buchdruckerverbandes nicht durch den heckerischen Korrespondent irte geführt werde, bringt der „Vorwärts“ Nr. 19 folgendes Telegramm aus Leipzig:

„Eine von 1500 Personen besuchte Buchdrucker-versammlung, die gestern Abend im Schloßkeller stattfand, beschloß folgende Resolution:

Die am 21. Januar tagende Buchdrucker-versammlung erklart in dem Bestreben der hiesigen bürgerlichen Partei bei der jetzigen Reichstagswahl, die Buchdruckergehülsen gegen die übrige Arbeiterschaft auszuspielen, ein plumpes Wahlmanöver. Die Versammlung erkennt nur die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei als die Männer an, die die Interessen der Arbeiter, besonders auch auf gewerkschaftlichem Gebiet, mit Nachdruck zu vertreten imstande sind. Die Versammlung verpflichtet sich deshalb, mit allen Kräften für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

In der Debatte über den Punkt Reichstagswahl wurde von mehreren Rednern der Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker wegen der bekannten (auch vom „Vorwärts“ argenagelten. D. R.) Briefkastennotiz sowie wegen seines übrigen Verhaltens zur Wahlbewegung abfällig kritisiert. Von einer eigentlichen Sieslungnahme sehe man jetzt zur Wahlzeit ab und wolle die Sache in einer Verbandsversammlung nach der Wahl besonders behandeln.“

Der arme Herrhauje kann sich mithin wieder auf eine regelrechte Treibjagd gefaßt machen. Er wird die „Klauen des Tigers“ wieder zu spüren bekommen, weil er es abseht, die Rolle des Zuträbers und Lakaien der Partei zu spielen.

Denn die andern roten Gewerkschaftsführer spielen tatsächlich eine erniedrigende Lakaienrolle vor der Partei.

Im Februar vorigen Jahres war es, da fanden sich diese tapferen „freien“ Mannesbrüder in Berlin zusammen und machten in Tönen der höchsten Entrüstung ihren geprehten Herzen Luft über die geradezu händische Behandlung, die sie von Tag zu Tag von der sozialdemokratischen Partei und Presse trotz all ihrer Untwürdigkeit zu erfahren hatten. Innerhalb der vier Wände natür ich! Die Enthüllungen der anarcho-sozialistischen „Einigkeit“ haben die Schmerzenslagen der Lepieren jedoch in die Länge hinausgetragen. Wie jammerte man:

„Selbstgefällige, strahlende Dornierheit“ hat die rote Kaja uns vorgelesen, — „Fuchstritte ins Kreuz“ haben wir erhalten — Man hat versucht, die Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern, die sie sich erwählt haben, zu entzünden, man hat direkt versucht, sie anzuhetzen gegen ihre Leiter. Man hat offiziell zum Disziplinbruch aufgefordert (Müller), „verächtliche Gewerkschaftsleiter“, „Bismarckhüter“, „Leitert“, „Diktatoren“, „Spieser“ hat man uns geschimpft! — Seit 10 Jahren haben wir Gewerkschaftler und -führer, die ich inmitten Unschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geantwortet haben...“

„Wir haben geschwiegen im Interesse der Einigkeit, wir haben uns prügeln lassen.“ (Deinhard) — Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzulösen. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt, Seht das sind diese vollgeessenen Kerle, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen.“ (Bömelburg.)

Und heute rutschen dieselben tapferen Mannesbrüder, zum Danke für die Ohrfeigen, die sie tagtäglich links und rechts von derselben Partei und Presse erhalten haben, wo dieser demütigt auf dem Bauch und leisten wie Heloten getreuliche Zutreibdienste. Ihr Hauptorgan, das „Korrespondenzblatt“ (1906, Nr. 51) der Generalcommission preist im Wahlkampf die sozialdemokratische Partei als die „zuverlässige Stütze der Gewerkschaftsbewegungen“ und fordert offen zur Wahl sozialdemokratischer Abgeordneten auf. Ihm folgen in derselben Tonart die übrigen Gewerkschaftsblätter! Mit Erlaubnis der „Leipz. Volksztg.“, von der bisher die gesamte Gewerkschaftsbewegung auf das heftigste beschimpft wurde, dürften heute die Gewerkschaftsmitglieder für die sozialdemokratische Partei Schleppearbeiten leisten, und die sauer verdienten Gewerkschaftsbeiträge wandern in Tausenden von Mk. willig in den sozialdemokratischen Parteibeutel!

Für denkende und selbstbewusste Arbeiter ist das starke Tabak. Jeder, der noch einen Funken Selbstachtung in sich hat, wird fühlen, daß in solchen Lakenengewerkschaften sein Platz niemals sein kann. Sie werden ihre Arbeiterrechte in den christlichen Gewerkschaften am besten und wirksamsten vertreten.

Heinrich Göbhardt *

Schon wieder hat der unerbittliche Schnitter Tod ein Opfer aus den Reihen der christlichen Gewerkschaftsführer gefordert. Kaum hat sich die Gruft über dem unermüdbaren und selbstlosen Vorkämpfer unserer Ideen, dem unvergeßlichen Hans Braun geschlossen, so haben wir schon wieder eine Todesnachricht zu vermelden. Plötzlich und unerwartet ist am 21. Januar der Redakteur der „Baugewerkschaft“, des Bruderorgans vom christl. Bauarbeiter-Verband, Kollege Heinrich Göbhardt nach ganz kurzem Krankenlager am Scharlach verstorben. Der so plötzlich und allzufrüh Verschiedene hat nur ein Alter von 27 Jahren erreicht. An seiner Bahre trauert eine 25jährige Witwe mit einem zehnmonatlichen Knaben.

Im Jahre 1900 trat der Verbliebene dem christlichen Bauarbeiterverbande bei und war sofort einer der ersten, stets in der Vorderfront des Kampfes zu finden. Durch seine rast- und selbstlose Tätigkeit auf ihn aufmerksam gemacht, wurde er vom Zentralvorstand als Bezirksleiter des Agitationsbezirks Köln freigestellt. Hier entfaltet er eine fieberhafte Tätigkeit und auch mit einem großen Erfolg. Er brachte den Verband auf die Höhe und hatte sich außerdem die Achtung und Liebe der christlichen Verbandskollegen im Fluge gewonnen. Besonders eifrig war Göbhardt stets als Mitarbeiter am Verbandsorgan, „Baugewerkschaft“ hervorgetreten. Eine Erscheinung, die leider selten anzutreffen ist. So kam es, daß er vom Hauptvorstand im Jahre 1904 als Redakteur ans Verbandsorgan nach Berlin berufen wurde. Hier hat er wirklich Großes geleistet. Durch Göbhardts gewandte Feder, durch seine Schlagfertigkeit und organisatorisches Talent ist die Baugewerkschaft zu einem ganz vorzüglich redigierten Gewerkschaftsblatt, zu einer Fundgrube des Wissens und der Bildung für die 37 000 Verbandsmitglieder geworden.

Neben dieser seiner Haupttätigkeit war aber Göbhardt auch sonst in der christlichen Arbeiterbewegung überall dabei, wo es unsere Ideen zu verbreiten oder zu verteidigen galt. Er war Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsartikels Berlin und der Gründer und Leiter des dortigen Unterrichtsforums. Auch in der konfessionellen Arbeiterbewegung Berlins war er tätig, wie er auch politisch seinen Mann zu stellen wußte.

Dieser ganzen jenseitigen Wirksamkeit hat der jähre Tod ein allzufrühes Ende bereitet. Der christliche Bauarbeiterverband verliert in dem Verstorbenen eine sauer zu erzielende Kraft, einen seiner fähigsten und strebsamsten Kollegen. Die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung betrauert einen ihrer besten Vorkämpfer und unerlöschlichsten Kampfgewissen. Sein Beispiel kann allen jüngeren Kollegen

in unserer Bewegung als leuchtendes Beispiel vorgehalten werden. Sein Tod sei uns allen ein Ansporn, in seinem Geiste und seinem Sinne für unsere Ideale weiterzukämpfen. Dem so früh Verschiedenen wird die christliche Arbeiterschaft ganz Deutschlands ein ehrendes Andenken bewahren. Er ruhe in Frieden!

Soziale Rechtsprechung.

Verweigerung von Streikarbeit ein sofortiger Entlassungsgrund.

Eine für Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern wichtige Entscheidung des Berliner Gewerbegerichts wird im „Rechts-Arbeitsblatt“ mitgeteilt. Während eines Streiks weigerte sich ein bei einem Buchbinder angestellter Bergolder, das ihm aufgetragene Beschneiden von Einbänden auszuführen, da das Streikarbeit sei. Als er daraufhin ohne Kündigung entlassen wurde, klagte er auf Lohnvergütung für die Dauer der Kündigungsfrist, wurde aber mit seiner Klage abgewiesen. Der Kläger erklärte, er habe als organisierter Arbeiter den Weisungen des Arbeiterausschusses gemäß gehandelt, da er sich mit seinen streikenden Arbeitsgenossen solidarisch fühle. Das Gericht erkannte an, daß für den Kläger Gebote der Standesfittigkeit zwingend gewesen sein mögen. Unter dem Druck einer derartigen Zwangslage habe aber der Kläger seine Entlassung als Konsequenz hinzunehmen, da ein vom Gesetzgeber anerkanntes Notrecht für ihn nicht vorgelegen habe. Die Momente des wirtschaftlichen Kampfes, so führt das Gericht weiter aus, sind für die Entscheidung des vorliegenden Rechtsstreites gleichgültig. Sie entziehen sich der juristischen Formulierung und unterliegen wesentlich sozialen Machtgesetzen. Man kann bei ihnen im Grunde von Recht und Unrecht im juristischen Sinne nicht reden. Bei der Rechtsfindung ist vom formalen Arbeitsvertrage auszugehen, bei dem außerbetriebliche Fragen dem Arbeiter keinen Anlaß geben, die Erledigung der Arbeit zu verweigern. Er hat nicht zu prüfen, welchem Besteller die Arbeit zugute kommt. Das ist Sache des Betriebsleiters. In das Arbeitsverhältnis ist nur der Arbeitgeber aufgenommen. Ein rechtlich erkennbares Band zwischen dem Auftraggeber des Brotherrn und seinen Arbeitern ist nicht vorhanden, und es ist nicht anzuerkennen, daß der Arbeitsvertrag als solcher überhaupt von derartigen Beziehungen ergriffen werden könnte, die nicht die Gütererzeugung, sondern den Güterumsatz betreffen.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Zur Festlichkeitsfrage

Schreibt die letzte Nummer des Zentralblatts: Wie bisher kann es nicht weiter gehen. Damit wollen wir nicht sagen, daß Festlichkeiten innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung in letzterer Zeit überhand genommen hätten. Eine derartige Behauptung wäre un wahr. Womit es nicht weiter gehen kann, ist vielmehr die Art der Durchführung des diesbezüglichen Beschlusses des Ausschusses vom Gesamtverband. Derselbe lautet:

„Der Ausschluß des Gesamtverbandes kann das Wählan von Festlichkeiten mit Tanzergnügen durch die einzelnen Zahlstellen nicht gutheißen. Dort, wo die Veranstaltung eines Gewerkschaftsfestes wünschenswert erscheint, möge ein solches höchstens einmal im Jahre für alle am Orte bestehenden Zahlstellen gemeinsam abgehalten werden. Die Festlichkeiten sollen stets frühzeitig beendet werden.“

Diese Entschliessung erfolgte im Ausschusse des Gesamtverbandes (Sitzung November 1905) einstimmig. Der Ausschluß bildet sich bekanntlich aus den Zentralvorständen sämtlicher dem Gesamtverbande angeschlossenen Verbände. Und trotzdem haben einzelne Ausschlußmitglieder in der Zwischenzeit bei Zahlstellenfestlichkeiten mit Tanzergnügen die Festrede gehalten, und findet man mitunter noch Verbandsorgane, die Zahlstellenfestlichkeiten der gemäßigtesten Art durch Anzeigen publizieren. Kurz, die Durchführung des selbstgefaßten Beschlusses ist in manchen Verbänden eine viel zu laze. Dadurch wird das Generalsekretariat des laut Statut des Gesamtverbandes verpflichtet ist, für Durchführung der Be-

schlüsse des Ausschusses beabsichtigt zu sein, in Situationen gebracht, die geeignet sind, die christliche Gewerkschaftsbewegung auf das Bedenklichste zu kompromittieren. Wir wollen heute davon absehen, solche Vorgänge aus der letzten Zeit zu besprechen. Über welchen Begriff müssen Beschwerdeführer über Gewerkschaftsfestlichkeiten von der Zeitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung erhalten, wenn diese auf obigen Beschluß verweist und Zahlstellen einzelner Verbände trotz Verweis sich über die von den Instanzen der Gesamtbewegung getroffenen Maßnahmen aus größtmöglicher Weisheit hinwegsetzen? Die nächste Sitzung des Ausschusses des Gesamtverbandes wird daher in dieser Frage nach dem Rechten sehen müssen, wie diesen Disziplinargewalt entgegen gewirkt werden kann.

Im Anschluß an diese Ausführungen verweisen wir nochmals auf den diesbezüglichen Artikel in Nr. 43 unseres Organs, Jahrg. 1906, und erwarten von unsern Ortsgruppen und Mitgliedern, daß sie überall die hier gegebenen Direktiven befolgen.

Die feindlichen Brüder

nämlich die sozialdemokratischen und Hirschdunkerschen Metallarbeiter sind sich dort überall einig wo es gilt, den christlichen am Zeug zu flicken oder sie auszurotten, wenn dieses nur eben möglich wäre. So hatten sich diese edlen Brüder auch in Gelsenkirchen liebevoll gefunden, sind sich aber bei dem „Ausrotten“ recht bald gegenseitig mordsmäßig in die Haare geraten. Dabei schwagen sie denn auch aus der Schule und machen interessante Geständnisse. So erzählt ein Obergewisse F. in der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung Nr. 3 u. a. folgendes:

„Im Herbst erklärte mir der Oberhirsch Albert Pieper in Gelsenkirchen, er sei ein Freund des Friedens und wünsche, daß sich alle Arbeiter organisierten. Wo, das wäre gleich, nur — die Christen, die müßten ausgerottet werden, da dürfte es keinen Pardon geben. Wenn Uneinigkeit zwischen die Gewerksvereiner und Verbändler gesät würde, so wären nur die Hauptleitungen und die Redaktion schuld daran, die im warmen Neste saßen und diese Bruderkämpfe nicht auszuweichen hätten.“

Die Worte des F. D. Alb. Pieper ständen jedoch im Gegensatz zu seinen Taten und er habe im Trüben wischen wollen, und damit den Frieden gestört. Bei einer Bewegung im Martinwerk der Firma Munscheid habe Pieper, der ein Nachklaffer des Strategen Erlenz ist, nach dessen Rezept der „Hinterlist“ und Unehrlichkeit“ gearbeitet und dabei will ihm der Genosse die „heuchlerische Maske heruntergerissen haben. Im Anschluß hieran erklärt der Obergewisse feierlich:

„Der Hirsch-Dunkersche Bezirksleiter Albert Pieper hat mit Absicht Arbeiter in einen Streik zu hegen versucht, von dem er im Voraus wußte, er sei verloren in dem Augenblick wo er begonnen wird. In einer öffentlichen Versammlung habe ich bei einer Gelegenheit den Ausdruck gebraucht, ich hätte Pieper immer noch als Ehrenmann kennen gelernt. Ich nehme nun diese Behauptung zurück und bedauere, sie getan zu haben. Pieper hat aufgehört, in meinen Augen als Ehrenmann zu gelten. Wer so mit den Arbeiterinteressen spielt und bereit ist, mehrere hundert Arbeiter in einen vollständig ausschließlichen Streik zu hegen, ist nicht mehr würdig, Arbeitervertreter oder gar Arbeiterführer zu sein.“

Des weiteren erzählt der Genosse des Langen und Breiten von den „Heldentaten“ der Hirschen und von der Wandlungsfähigkeit ihres Führers A. P. Dabei kommt es auch heraus, warum die Hirsch-D. in letzter Zeit gemäß der Parole Erlenz in die evangelischen Arbeitervereine eintreten. Da heißt es in der Metallarbeiterzeitung:

„Unser lieber Oberhirsch Pieper ist nämlich seit einigen Wochen eingeschriebenes Mitglied beim — evangelischen Arbeiterverein. Zwei Wochen vorher Zentralvorsitzender, jetzt evangelischer Arbeitervereiner. Das soll ihm mal einer nachmachen. Das nennt man Charakter. Er erzählt ja allen die es glauben, er wäre nur deshalb Mitglied des evangelischen Arbeitervereins geworden, um bei diesem Verein Propaganda für den Hirsch-Dunkerschen Gewerksverein zu machen. Man soll ihm ja das Angebot gemacht haben, Sekretär bei der nationalliberalen Partei mit einem Monatsgehalt von 300 Mark zu werden. Ein Kollege von ihm aus Gelsenkirchen, hat ja so ein fettes Pöschchen im nationalliberalen Lager erwirkt. Herr Pieper scheint seine Absage jetzt zu reuen, darum will er Buße tun und ein treues Mitglied des evangelischen Arbeitervereins werden. Denn 300 Mk. im Monat ist kein Pappenstiel; das sind ausgerechnet 2x150 Mk. Dafür wechselt man schon mal seine Gesinnung, auf einmal mehr oder weniger kommt es ja nicht an.“

Wirkliche Trachteremplare von Oberhirschen, daß muß ihnen der Reiz lassen. Doch der Genosse F. und seine Freunde haben wenig Ursache, sich darüber zu entrüsten, sie sind einander würdig, diese feindlichen Brüder. Mögen sie aber so viele Bündnisse zur Ausrottung der christlichen schmieden wie sie wollen, an der Ueberzeugungstreue der christlichen Arbeiter und an ihrer eigenen bodenlosen Unehrlichkeit werden diese unsauberen Pläne der Genossen und Hirschen zu Schanden werden.

Genossen unter sich.

Die fortwährenden Arbeiterverrätereien des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes werden noch einmal richtig aufgedeckt durch den neuauflodernden Streit zwischen Lokalorganisation und Metallarbeiter-Verband anlässlich der Solinger Ortskrankenkassenwahlen. Der Metallarbeiter-Verband muß bei dieser Gelegenheit auch nicht sehr brüderlich vorgegangen sein, denn das Organ der Lokalorganisierten, Der Stahlwaren-Arbeiter, steht mächtig gegen seinen großen sozialdemokratischen Bruder los. In einem saftigen Artikel mit der Ueberschrift „Von Stufe zu Stufe“ wird erklärt, daß alles das, was die Metallarbeiter, die bei der Wahl siegten, den Kandidaten des Zentralkomitees der lokalen Gewerkschaften nachgesagt hätten, von ihnen selbst mit vollem Bewußtsein verübt worden sei. Schon um die Zukunft der Arbeiter willen sei es für jeden denkenden Arbeiter eine Gewissenspflicht, „mit dieser Stippchaft aufzuräumen“. Treulosigkeit, Arbeiterverrat und Streikbruch seien die Waffen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Von ihm gelte das Wort vom Reiche des wahnsinnigen Königs Lear: Die Wahrheit bekommt die Peitsche und muß ins Hundeloch; die Lüge aber sitzt am Herde und darf stinken. Unfähig, die Arbeiterinteressen zu vertreten, sei er groß in der Anwendung der schäblichsten Mittel im Kampfe gegen die übrige Arbeiterschaft. „Und eine so korrupte Gesellschaft will fähig sein, bereinigt die bürgerliche Gesellschaft aufzulösen!“ Schon aus Reinlichkeitsrückichten müsse jeder wirkliche Sozialdemokrat das Eischeuch zwischen sich und dem Metallarbeiter-Verband zerhacken.

Noch saftiger läßt sich zu derselben Angelegenheit die „Allgemeine Metallarbeiter-Zeitung“ des neuen roten Metallarbeiter-Verbandes vernehmen. Nachdem sie kurz auf die früheren Versuche des „freien“ Verbandes hinwies, der aus Mangel an Geld die Solinger Lokalgewerkschaften in seinem unerfülllichen Magen verschwinden lassen wollte, schreibt das sozialdemokratische Blatt weiter:

„Die Solinger hatten weder Lust, ihre wohlgefüllten Kassen dem in ewigem Dallas schwebenden Deutschen Metallarbeiter-Verband auszuliefern, noch wollten sie dort ihre Freiheit begraben, wohl boten sie demselben ein Handinhandarbeiten an, aber ein Uebertritt wurde rundweg abgelehnt. Und nun begann der Kampf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegen die Solinger Fachvereine. Ein Kampf der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband mit solch schmutzigen Waffen und in solch erbärmlicher Weise geführt wurde, daß sie wohl einzig in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung dastehen wird.“

Lieferung von Streikbrechern. Aufrechterhaltung von ganzen Streikbrecherbranchen, Geheimbündnisse mit einzelnen Fabrikanten zur Durchbrechung der Tarife zum Schaden der Arbeiter, das waren und sind die Waffen, mit denen der große Deutsche Metallarbeiter-Verband kämpft, von den massenhaften Verleumdungen, die ja zum ständigen Arsenal des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gehören, ganz abgesehen.

Daß sie (die Führer des freien Metallarbeiter-Verbandes) mit solchen Mitteln die Solinger Arbeiterschaft nicht gewinnen werden, wird wohl selbst den borniertesten Köpfen der Stuttgarter Herren klar sein. Sie heucheln sich aber auch gar nicht. Sie gehen offensichtlich darauf aus, die Solinger Arbeiterschaft, welche materiell ziemlich günstig dasteht, zu vernichten, ihre Tarifverträge zu zertrümmern und sie zum Lumpenproletariat herabzudrücken, um sie hinterher, wenn sie endlich in die Arme des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geflüchtet sind, mit ein paar armseligen Unterstützungsbroschen beglücken zu können. Doch uns bangt vorläufig nicht um das Schicksal der Solinger. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird sich bei ihnen heute so verrechnen, wie bei den Rohrliegern und Helsenberlin. An ihren alten Traditionen, an ihrer Zähigkeit und Festigkeit werden alle Machinationen des Stuttgarter Gewerkschaftspapstes scheitern. Auch die Verlegung des unieren Kollegen so wohlbekannten Staatswaltes Pawlowitsch nach dorthin wird ihnen mehr schaden wie nützen. Armer Wasserknabe! Armer Pawlowitsch, wie süß muß doch das Beamtenbrot des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schmecken, wenn sich schon solch ein alter Fuchs auf einen total verlorenen

Posten schiden läßt, ehe er den Stuttgarter Herren den
Kram vor die Füße wirft.

Wir glauben bisher, die Berliner Ortsverwaltung
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hätte mit der
Vergewaltigung der Mohrleger und Helfer Berlins den
Vogel abgeschossen in punkte Verbrechen an der Arbeiter-
bewegung. Aber weit gefehlt! Wir tun der Berliner
Ortsverwaltung Abbitte. Die Solinger Ortsverwaltung
hat sie bei weitem übertroffen. Es ist eben nicht nur
viele, sondern alles faul im Staate Dänemark und im
Deutschen Metallarbeiter-Verband. Faul und verrottet,
von oben bis unten! Ein Koloss auf tönernen Füßen!

So tarleren sich die Genossen untereinander selbst
ein. Klingt es da nicht wie Hohn, wenn von jener
Seite über drüßliche „Verräter“ und „Zerplitterer“ ge-
logen und verläumdelt wird? Muß es nicht als blutige
Ironie angesehen werden, wenn das Solinger Sozialisten-
organ, die „Vergilte Arbeiterstimme“ kürzlich mit
edler Dreifaltigkeit schrieb, sie würde die Grinlichen in
Zukunft mal etwas genauer unter die Lupe nehmen,
wo sie so nahe vor der eigenen Türe den Uratth und
Arbeiterverrat en gro wegzuräumen hat. Die Solinger
Sozi geben der deutschen Arbeitererschaft einen abschreden-
den Vorgeschnack des roten Zukunftsstaates.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

„Den Himmel auf Erden“ versprechen die So-
zialdemokraten den Arbeitern, wenn dafür gesorgt
werde, daß sie aus Kuder kämen. Einen Vorgeschnack
dieser Himmelsfreuden haben bekanntlich die Vor-
wärtredakteure, die Schriftsteller und Buchdrucker des
„Vorwärts“, die Arbeiter des Kollwagenischen Ver-
lages in Augsburg, sowie diejenigen des Karls-
rührer Volkskreises schon längst erhalten. Ihre Klagen
über unerhörte Ausbeutung, unmenschliche Be-
handlung, sind ja noch in frischer Erinnerung, da
dringt schon wieder ein Klagefied über sozialdemo-
kratische Ausbeutung an die Öffentlichkeit. Diesmal
ist es zur Abwechslung, — eine Zigarrenfabrik und
zwar die Genossenschafts-Zigarrenfabrik in Hanau.
Die „himmlischen“ Zustände in derselben wurden
in einer Werkstattbesprechung besprochen, über
welche das Organ des sozialdemokratischen Tabak-
arbeiter-Verbandes in Nr. 50 vergangenen Jahres
berichtet: Kollege Simon legte klar, welche Zu-
stände herrschen betreffend des schlechten Materials
und der Behandlung der Arbeiter von seiten des
Meisters Schmidt. Der Lohn betrage wegen des
schlechten Materials nur noch 15—17 Mk.; 20 Mk.
könne nur ein flotter Arbeiter verdienen, auch Ver-
dienste von 11 bis 12 Mk. kommen vor. Die Widel-
macher hätten früher 1000—1200 Widel gemacht,
jetzt bräuchten sie es nur auf 600 Stüd pro Tag,
deshalb wollten sie die Arbeit niederlegen. Die
Widelmacher, der Vorsitzende des roten Verbandes, führte
dann folgendes aus: Die Genossenschaft sei bald mit
Privatunternehmern gleichzustellen, da dieselbe ihre
Zustände nur dahin verlegte, wo die Arbeitslöhne
billiger seien, als in Hamburg, wo sie 11—12
Mk. Arbeitslohn pro Wille bezahlen müßte. Des-
halb wäre sie nach Frankenberg, Labenburg, Eich-
wege und Hanau verzogen, wo sie nur 8—8,50 Mk.
pro Wille bezahle. — Auch nach Hasenheim in Ba-
den wolle sie gehen, wo der Arbeitslohn nur 32
bis 35 Pfennig für 100 Zigarren wäre. Das
wäre doch das größte Unrecht von derselben, da
doch der Minimallohn 8 Mk. pro Wille betrage.
Denn habe Genosse von Elm den Leuten, damit
mit sie etwas mehr verdienen sollten, eine Zu-
lage gemacht und zwar in Gestalt einer halbtündi-
gen Verlängerung der Arbeitszeit. Kollege Hug meinte,
es wären schon aus anderen Fabriken Widelmacher-
innen gewillt gewesen, in der Genossenschaft zu ar-
beiten, hätten aber des schlechten Materials und
der Behandlung halber nicht angefangen. Auch hät-
ten in der kurzen Zeit des Bestehens der Zentrale
schon 60 Arbeiter der Fabrik wieder aufgehört. Das
wäre doch kein gutes Zeichen.

Diese Schilderung des sozialdemokratischen Ge-
werkschicksals zeigt uns, mit welchem Recht
die Sozialdemokratie als die einzig wahren Ar-
beitervertreter ansprechen. Der „Unternehmerprolet“
geht ihnen über alles. Zu dem Zweck werden den
Arbeitern „Kunstschnur“ gezahlt und als gerechter
Ausgleich die Arbeitszeit eine halbe Stunde ver-
längert. Haltet „Himmel auf Erden.“

Ein Genosse als „Köpenicker“.

Der „Arbeiter“ München kann folgenden Schw-
bendruck aus dem Lager der Zukunftsstaater ver-
nehmen: Mit der Behauptung: „Die Köpenicker
und, wenn es nicht kinnl, münchener“, erziehen
in der Wohnung des Köpenicker des sozialdemo-
kratischen Herrn Redaran der Hammerhauer Schmidt.
Die Frau des Köpenicker war allein zu Hause und
kam dreißig der Anforderung, die Köpenicker
hätten nicht nach. Der angebliche Köpenicker war
die im Stile des Kampferens von Köpenicker
Kampferens eine Köpenicker und Köpenicker, mit dem

Bemerkten, daß er von Mannheim geschickt sei. Die
resolute Frau schöpste Verdacht und erwiderte, daß
der „Revisor“ kommen solle, wenn der Mann zu
Hause wäre. Die Kasse enthielt 220 Mark. Der
„Revisor“ stand dieser Lage in Mannheim vor Ge-
richt, um sich zu verantworten. Es wurden ihm we-
rigen Betrugsverjuchts 5 Wochen Gefängnis zubilligt.
Im Nebenamt war der Revisor „Kassierer des so-
zialdemokratischen Jugendvereins“. Er will die Tat
begangen haben, um seine Kasse auszugleichen,
in welcher ihm 5 Mark gefehlt hätten. Das übrige
Geld hätte er richtig liegen lassen. Das Gericht
hatte aber für eine derartige Kasienanierung kein
Verständnis, und wer ihm glaubt, daß es ihm nur
darum zu tun gewesen ist, erhält einen Taler.
Röthlich ist es, daß die sozialdemokratischen Kas-
sierer, einen so ausgeprägten Nachahmungsbetri b be-
sitzen. Die Frauen aller Gewerkschaftsjunioräre aber-
kennen sich an der Vorsicht der resoluten Kassierers-
frau in Redaran ein Beispiel nehmen und niemals
etwas vom Verbandsmaterial oder Vermögen her-
ausgeben. Das darf nur einzig und allein Sache
des Mannes sein.

Eine Niederträchtigkeit.

Das sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt „Der
Steinarbeiter“, dessen Redakteur den Bildungs- und
Anstandskursus der freien Gewerkschaften mitgemacht
hat, beißt die Unverschämtheit, den verstorbenen
christlichen Verbandsvorsitzenden Braun noch im
Grabe zu verunglimpfen. Der Mann, der seine
Gesundheit und sein Leben im Dienste der Arbeit-
tererschaft gelassen hat, wird jetzt anlässlich seines
Todes als „verlogener und unehrlicher Gegner“
bezeichnet. Er habe „den gehässigen und klein-
lichsten Kampf gegen die Sozis“ geführt. „Widrige
und direkte eierregende Kritiken“ habe er in der
Gewerkschaftsstimme geschrieben.
Das ist der Anstand und Ton des Zukunfts-
staates, der schon einmal in einem Artikel des
Obergewerks Mehring beim Tode des Abg. Rich-
ter durch die Rohheit „Ein Stroch im Sterben“
seinen widerlichsten Triumph feierte. Wie tief ist
diese Bewegung schon gesunken, daß sie zu der-
artigen Niederträchtigkeiten angesichts des Todes
greifen muß. Jeder autändige und denkende Ar-
beiter kann für eine solche Kampfweise nur ein
energisches Nui haben und wird sich von einer
solchen Bewegung mit Mischen und Esel abwenden.
Die autändige Arbeitererschaft wird ihre Arbeiter-
vertretung einzig und allein in der christlichen Ar-
beiterbewegung erblicken.

Eine Mahnung.

Der Tod des Führers und Vorsitzenden des christl.
lichen Hilfsarbeiterverbandes Hans Braun, der im
Alter von 45 Jahren an der Lungenentzündung
starb, gibt der „Mk. Volksztg.“ Berlin, Anlaß
zu folgender Mahnung:
„Der Tod Brauns ist für die christlichen Ge-
werkschaften eine ernste Mahnung. Wie es scheint,
wird vielfach mit den Kräften der Führer Raubbau
getrieben, und viele von denen, deren tiefste Ge-
sundheit früher keinerlei Besorgungen zuließ, sind
heute „nervös“ geworden, was mit Worten bedeutet:
sie sind herzkrank, vielleicht ohne es zu wissen. Mö-
gen die Arbeiter da einmal gründlich nach dem
Rechten sehen. Man arbeite nicht ungestraft tagaus,
tagein 8 bis 10 Stunden in geistiger Anspannung
und geht dann noch jede Woche einige Male des
Abends bis spät in die Nacht hinein in Versamm-
lungen. Das geht einige Jahre ganz gut, aber
dann kommen die gesundheitlichen Schädigungen zur
Geltung. Die Arbeiter aber mögen denken, daß sie
als „Arbeitgeber“ ihrer Führer nicht zuzulassen dürfen,
daß diese sich totarbeiten.“
Diese Mahnung ist durchaus angebracht, insbe-
sondere mit Bezug auf die an der Spitze der Ver-
bände stehenden Kollegen. Die Beamten an den Zen-
tralen haben durchweg neben der regelmäßigen tä-
glichen Bureauzeit nicht nur einige Abende, sondern
bald jeden Abend auch noch Sitzungen und Versamm-
lungen. Dabei aber auch kaum einen Sonntag
im Jahre frei, sondern stets auf Agitation oder
im Dienste der Organisation. Trotz allem gibt es
hier und da aber immer noch Köpfer und Kriti-
kaster, die da glauben, daß die Beamten an den
Zentralen ein schönes gemüthliches Leben hätten. Möge
vorstehende Gemüthsreinigung überall die verdiente
Beherzigung finden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Arbeitskampf in der Berliner Holzindustrie.
In der Reichshauptstadt stehen die Holzarbeiter
in einem schweren Kampf. Die Unternehmer haben
eine allgemeine Ausperrung vorgenommen, von der
zurzeit schon über 800 Holzarbeiter betroffen sind.

Die christlich organisierten Holzarbeiter stehen mit
im Kampfe. Der deutsche Holzarbeiter, unser Bruder-
organ, berichtet:

Nachdem der sozialdemokratische Holzarbeiter-
verband in hochmütiger Weise erklärt hatte, in Ge-
genwart von Vertretern anderer Organisationen,
nicht zu verhandeln, wurde von den Arbeitgebern die
Parole gegeben, daß nur Mitglieder des sozial-
demokratischen Verbandes ausgesperrt werden sollen.
Nach den Angaben der „Fachszeitung“ wollten die
Arbeitgeber mit den anderen Verbänden Verträge
abschließen. In unserem Verband sind die Arbeitgeber
mit einem diesbezüglichen Ansuchen nicht herange-
treten, sondern haben kurzer Hand auch eine An-
zahl Mitglieder unseres Verbandes entlassen. (Ebenso
ist es bei den früheren Metallarbeiterausperrungen
geschehen. D. R.) Damit ist auch unsere Berliner
Zahlstelle in das Stadium des Kampfes eingetre-
ten. Die Kirch-Dunderschen Tischler genießten den
weitgehendsten Schutz der Arbeitgeber. Zwischen die-
sen soll dann auch bereits ein Vertrag geschlossen
sein. Die Kirch-Dunderschen betrachten infolge des
Verhaltens des sozialdemokratischen Verbandes den
Kampf als nicht vorhanden. — Jedenfalls wird
der Kampf ein langwieriger und erbitterter werden.
Die Arbeitgeber beabsichtigen sogar, auch in an-
deren Städten zur Ausperrung zu schreiten, um
dadurch die Organisation der Arbeiter möglichst
müde zu machen.

Eine Generalausperrung der Färberei-

arbeiter hatten die Textilindustriellen Krefelds be-
schlossen. Kurz vor Inkrafttreten des Beschlusses sind
die Differenzen jedoch durch gegenseitige Verhandlungen
zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisationen
beigelegt und dadurch die Ausperrung vermieden
worden. Wie man sieht, herrscht in Arbeitgeber-
kreisen nach wie vor die größte Lust zu Massenaus-
sperrungen. Arbeiter aller Branchen, seht Euch vor!

In Hörstel (Westfalen) Formerstreik ausgebrochen.
Die Schwarzwälder Uhrenarbeiter stehen
in einer Lohnbewegung.

Zuzug ist fernzubalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende
Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Son-
ntag den 3. Februar der sechste Wochen-Beitrag
d. J. für die Zeit vom 3. bis 10. Februar
1907 fällig.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich
sodort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Orts-
gruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungs-
berechtigt ist.

Die Ortsgruppen Saar und Hanau erhalten
hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokal-
beitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutar-
cher Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Duisburg. Den hiesigen roten Verbandsfüh-
rern, ist die Stellungnahme des christlichen Metall-
arbeiterverbandes, der es ablehnte, das rigorose und
vollständig ungerechtfertigte Vorgehen der Genossen
gegen die Firma Ufers, zu unterstützen, fürchterlich
unangenehm. Mit einem gewaltigen Aufwand von
Kraft- und Schimpfworten suchte sie sich in Nr.
18 der soziald. „Niederrh. Arbeiter-Ztg.“ aus der
selbstgelegten Schlinge zu ziehen. Der rote Artikel-
schreiber beßigt sich selbst und die anderen Leser
der N. A.-Ztg., wenn er schreibt, den Christlichen
bei der vorige Verlegenheitserguß der roten Ver-
bandsleitung derart in die Knochen gefahren, daß
sie vor lauter Schreck die Maulperre bekommen
hätten. Noch dreister liegt der rote Federheld, daß
durch unsere ersten Ausführungen die sozialdem.
Behauptungen bestätigt seien. Auch nicht das ge-
ringste ist bestätigt, und ebensowenig, d. h. rein
gar nichts von den Genossen widerlegt oder be-
wiesen worden.

Wir hatten die Angaben im ersten Artikel des
Organ vollständig aufrecht. Dem christl. Verbands-
beamten Kesper ist vom roten Verband keinerlei
Mitteilung, geschweige eine offizielle Einladung zu

gegangen. An dem fraglichen Abend ist einer der christlichen Kollegen von dem Werk um 7 1/4 Uhr zu Keger gekommen, um ihm mitzuteilen, daß von roter Seite für 7 Uhr eine Werkstättenversammlung anberaumt sei. Um was es sich handelte, wußte der Kollege nicht. Keger war für den Abend anderweitig beschäftigt und konnte nicht mitgehen. Es bleibt mithin die Tatsache bestehen, daß Keger vom roten Verband keinerlei Einladung erhielt. Die N. A.-Ztg. vom 17. und vom 22. schwindelt und lügt in bekannter Manier, wenn sie das Gegenteil behauptet. Wir richten an den sozialdem. Geschäftsführer Martin die Aufforderung, Klipp und klar zu erklären, wann und auf welche Weise er Keger eingeladen habe? Heraus mit der Sprache!

Ebenso dreist wird in der N. A.-Ztg. geschwindelt mit der Behauptung, Keger habe sich nicht bei den Arbeitern, sondern beim Betriebsführer Oßendorf erkundigt. Keger hat sich im Gegenteil seine Informationen zuerst bei den Arbeitern geholt und zwar bei einer ganzen Anzahl. Daß er auch mit den Beamten des Werkes Rücksprache nahm, ist selbstverständlich und geschieht tagtäglich in ähnlichen Fällen ebenso von den sozialdemokratischen Verbandsvertretern.

Trotz des handwurmlangen Wortschwallers kann der sozialdem. Artikelschreiber in dem zweiten Erguß ebensowenig wie in dem ersten das geringste der von uns festgestellten Tatsachen widerlegen. Er versucht es gar nicht einmal. Warum geht der Schimpfapostel nicht auf folgende Punkte ein: Ist es nicht wahr, daß die Genossen in unglaublich anmaßender Frechheit den Schluß der Arbeitszeit bestimmten; mehrmals alles liegen und stehen ließen, unbekümmert ob dem Werke großer Schaden dadurch entstehen mußte? Ist es nicht wahr, daß einer der entlassenen Genossen in unglaublich roher Weise mit einem schweren Brett nach einem Arbeiter oben auf dem Krabbelgewerk geworfen hat, der unfehlbar heruntergestürzt wäre, wenn nicht glücklicherweise der sozialdem. Rohling sein Ziel verfehlt hätte? Ist es nicht wahr, daß die Genossen eine fortgesetzte persönliche Heze gegen verschiedene Werkbeamten betrieben haben? Warum geht die Leitung des roten Verbandes auf diese Heldentaten ihrer Schützlinge mit keinem Worte ein? Die Antwort ist leicht, weil es eben unumstößliche Tatsachen sind, und weil eben dadurch die ganze Gewissenlosigkeit dieser Sorte von „Führern“, die ihrer Schützlinge würdig sind, am deutlichsten dokumentiert wird. Darin liegt eben das schmachvollste für die roten Führer, daß sie nicht einmal so viel Mut und Gerechtigkeitsgefühl besitzen, um einer solchen krassen Ungerechtigkeit entgegenzutreten, sondern diese Terroristen und Rohlinge noch stützen und verteidigen.

Die N. A.-Ztg. redet auch von einer heruntergekommenen Gesellschaft. Wenn sie damit ihre Anhänger in dem betr. Betrieb gemeint hat, dürfte sie den Nagel auf den Kopf getroffen haben. Der ist es vielleicht nur eine Stichprobe aus dem erstehnten roten Zukunftsstaat, wenn neun Freiorganisierte aus jenem Betrieb bei einer Lohnzahlung nicht weniger wie zusammen 110 Mk. in Buchstaben: „Einhundertundzehn Mark“ Runip bei ihrem Stammtisch zu bezahlen hatten. Auch ist es noch gar nicht solange her, daß der rote Verband in jenem Betrieb eine Anzahl Mitglieder hatte, die kaum Brocken am Leibe, nicht einmal ein Logis hatten, die auf dem Trocknen schliefen und ihren ganzen Arbeitslohn für Alkohol und ähnliche Passionen aufwandten.

Solche Elemente beschmutzen die Ehre des Arbeiterstandes, und die „Führer“, welche diese Sorte von „Kollegen“ noch stützen und verteidigen, sind Schänder der Organisation, Gewerkschaftsverderber im wahren Sinne des Wortes. Deshalb können wir auch ausnahmsweise der Niederrh. Arb.-Ztg. einmal zustimmen, wenn sie in dem betr. Artikel schreibt:

„Jeder ehrlich denkende Metallarbeiter muß sich mit Abscheu von einer derartigen heruntergekommenen Gesellschaft abwenden, es kann für ihn nur den einen Weg geben, wenn er wirklich seine Interessen dem Kapital gegenüber vertreten will, und das ist der Anschluß an eine Organisation, die wirklich die Interessen der Metallarbeiter vertritt.“

Das ist, wie auch dieser Fall wieder beweist, einzig und allein der christliche Metallarbeiterverband.

Aus dem Angeführten wird jeder, der noch ein Fünkchen Gerechtigkeitsgefühl besitzt, die Stellungnahme des christlichen Metallarbeiterverbandes als vollständig korrekt anerkennen müssen. Er würde Berrat an den Arbeitern und der Ehre der Organisierten geübt haben, wenn er sich dem Vorgehen des roten Verbandes angeschlossen und die Sperre mitgemacht hätte. Bei den Metallarbeitern Duisburgs setzen wir noch soviel Sinn für Arbeiterehre und Gerechtigkeit voraus, daß sie die Maschinenoffenbüdigen Unrecht noch stützen und damit den Feinden der Arbeiter die gefährlichsten Waffen in die Hand liefern, mit aller Entschiedenheit verurteilen. Solche Leute, haben das Recht verwirrt, sich

als „Führer“ der Arbeiter aufzuspielen. Metallarbeiter Duisburgs, geht diesen Arbeiterverderbern und Gewerkschaftsverderbern den verdienten Fußtritt und Kampf für eure Rechte unter der erprobten Fahne des christlichen Metallarbeiterverbandes.

Freiburg. „Lieber gar nicht organisiert mit christlich.“ So denken sehr viele sozialdem. Gewerkschaftsführer und auch die hiesigen Genossen, was sie durch ihr Verhalten bei einer von uns einberufenen öffentlichen Versammlung der Blechner und Installateure am 12. Januar bewiesen haben. Denn schon lange vor Beginn der Versammlung hatte man von roter Seite Posten aufgestellt, um den Versammlungsbesuch möglichst zu hintertreiben, was auch bei einer größeren Anzahl hauptsächlich junger Leute gelang. Jedenfalls hatten die freien begründete Ursache, solche Leute ja von unseren Versammlungen abzuhalten, wo sie einmal die wirkliche Wahrheit von der ehrlichen Interessenvertretung der christl. Gewerkschaften hören werden. Bezirkskollektat sprach über das Thema: Tritt der christl. Metallarb.-Verb. für die Interessen der Spengler und Installateure ein? Er wies auf die bisherige Tätigkeit des christl. Metallarb.-Verbandes hin, der sowohl in der Großindustrie, aber auch im Kleinergewerbe schöne Erfolge für seine Mitglieder erzielt habe.

Au der Hand v. Beispielen wie Saargebiet, Rothe Erde, Pforzheim, Schwab. Gmünd usw. führte K. unsere Erfolge für die Arbeiterschaft an, die erreicht wurden, infolge des ruhigen aber energischen Vorgehens unseres Verbandes und seiner Führer.

Der Referent ging nun speziell auf Verhältnisse der Blechner und Installateure ein und forderte sie auf, wenn ihnen wirklich etwas an ihrer Hebung gelegen ist, sich zusammenzuschließen und dem christl. Metallarb.-Verb. beizutreten. Erst dann sei eine Bewegung mit Erfolg durch zu führen.

Der tatkräftigen Unterstützung seitens der Zentralkomitees die Kollegen ruhig versichert sein, die dank der gewissenhaften Kassenverwaltung auch in der Lage sei, eine Bewegung anzubahnen.

Zu der Diskussion sprachen zunächst Kollege Pfister und Kauf. Letzterer machte die Mitteilung, daß von gegnerischer Seite durch Abstimmung beschlossen wurde, nicht mit den christlichen vorzugehen. Es muß dies als sehr bedauerlich bezeichnet werden, umsomehr, als im letzten Jahre mehrere Verufe durch gemeinsames Vorgehen schöne Erfolge erzielt haben. Nur bei den Metallarbeitern scheint dieses durch das prozige Verhalten der roten Führer hintertrieben zu werden. Die Parole Vorhölzer scheint auch hier wieder den Bestrebungen der Blechner und Installateure im Wege zu stehen. Während der Diskussion spielte sich nun ein Vorkommnis ab, das verdient veröffentlicht zu werden. Bei dieser öffentlichen Versammlung wird plötzlich angeklopft auf unser „Hörlein“ tritt ein nachträglich erkannter wackelhafter „Genosse“ auf den Plan, bittet um Erlaubnis der Versammlung beizutreten zu dürfen und stellt sich als Unorganisierter der Versammlung vor. Dann unterbrach er den Diskussionsredner mit den lächerlichsten Bemerkungen und mußte zur Ordnung gerufen werden. In kurzen Zwischenräumen erschienen noch weiter 5 bekannte „Genossen“, die sofort dem ersten „Unorganisierten“ Genossen zusteuerten, der sich inzwischen als fleißiger Notizenmacher betätigte. Eine nette Gesellschaft, die nicht einmal den Mut haben, offen ihre Farbe und Zugehörigkeit zum freien Verband zu bekennen und sich unter falscher Flagge in Versammlungen einschleichen. Es meldete sich auch bald darauf der Vorsitzende der Blechner und Installateure roter Richtung, der inzwischen von einem früher erschienenen Genossen über das Referat kurz unterrichtet wurde, zum Wort und sagte nun etwas zusammen von Arbeiterzerplitterter, Arbeiterverderbern und führt Sölu an, das als gern benutztes Schlagwort bekannt ist, in gleicher Weise spricht er von der Bewegung auf den Schwarzwald. Dann wollte er Auskunft darüber, warum wir „Rote“ oder „sozialdemokratische“ Gewerkschaften sagen, bestätigt auch, daß er abstimmen ließ, ob ihre Leute mit den Christlichen vorgehen sollten und gibt den schon erwähnten Beschluß bekannt. Daß bei dem lächerlichen Gesel, verbunden mit persönlichen Verhöhnungen unseres Bezirksk. K., unsere Kollegen ihren Unwillen durch Zwischenrufe Ausdruck gaben, ist erklärlich und wurde natürlich nur den roten Faselhans recht unangenehm und er appellierte deshalb an die Autorität des Vorsitzenden.

Der Genosse glaubte nun, an die Versammlung die Aufforderung richten zu müssen, sich nur dem deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, der allein in der Lage sei, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Den Ruf haben zwar alle gehört, aber angemeldet hat sich niemand.

Nachdem nun noch einige andere Diskussionsredner mehr oder weniger erregt gesprochen hatten, erlaubte sich auch unser Vorsitzender, den Herren Genossen auf

einige Stellen ihrer Ausführungen zu erwidern, was aber die Wahrheitsliebe unserer Genossen in schlechtes Licht stellte und erteilte dann dem Referenten das Schluswort. Was da die Genossen hören mußten auf ihre wahrheitswidrigen, von satanischem Gäh erfüllten, geistlos aber inhaltslosen Ausführungen, dürfte jedenfalls genügt haben, jedem Anwesenden zu zeigen, wo eine wirklich ehrliche Interessenvertretung zu finden ist. Rührte nun aus, daß wir nach dem Verhalten der Genossen gezwungen seien, allein vorzugehen, was zu bedauern ist, aber der christliche Metallarbeiter-Verband hat ja schon oftmals gezeigt, daß er auch ohne „freie“ Gewerkschaften geht, wo es darauf ankommt, die Interessen der Arbeiterschaft mit Erfolg zu vertreten. Er forderte Johann zum Beitritt in den Christlichen Metallarbeiter-Verband auf, dem eine Anzahl der anwesenden Kollegen auch Folge leisteten.

Das Bemühen der Genossen und ihre feige Hinterlist haben sich mithin als wirkungslos erwiesen. Ihr arbeiterschädliches Verhalten hat vielmehr dazu beigetragen, manchem Arbeiter die Augen zu öffnen. Der Blechner und Installateuren Freiburgs wie allen Metallarbeitern muß zugerufen werden, schließt euch dem christlichen Metallarbeiter-Verband an, wenn ihr eine nachdrückliche und ehrliche Vertretung eurer Interessen haben wollt!

Ober-Schöneweide. Am 13. Januar 1907 hielt die Ortsgruppe Ober-Schöneweide und Umgegend ihre gut besuchte Generalversammlung in Anwesenheit des Verbandesekretärs Kollege Winter Berlin ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Geschäftsbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Aus dem Geschäftsbericht konnten wir ersehen, daß die Mitgliederzahl von 101 auf 210 angewachsen ist. Bei der Wahl wurde der alte Vorstand mit Ausnahme des Kassierers wiedergewählt. Der Vorstand setzt sich nunmehr aus folgenden Kollegen zusammen. Koll. August Schulz 1. Vorsitzender, Koll. Anton Schulz 2. Vorsitzender, Koll. Wilhelm Kräuse, Kassierer, Koll. Clemens Broßmann 1. Schriftführer, Koll. Hans Stoda 2. Schriftführer, Koll. Kasimir Hunger und Rugabst, Kassenwärtoren.

Nach erfolgter Wahl sprach Kollege Winter über die Notwendigkeit einer Tagespresse und empfahl für die kath. Kollegen das Lesen der „Märkischen Volkszeitung“ und für die evangel. Kollegen „das Reich“. Ferner wurde auch vom Redner die Erhöhung der Beiträge um 10 Pfg. pro Woche angeregt. Wenn auch nicht gleich, so werden wir doch nicht umhin können, uns später mit einem Beitrag von 60 Pfg. wöchentlich vertraut zu machen. Nach lebhafter Debatte über diesen Punkt wurde die Generalversammlung um 5 Uhr mit dem Gesänge „Gott segne die christliche Arbeit“ vom 1. Vorsitzenden geschlossen.

Anmerkung der Redaktion. Bei den übrigen Kollegen unseres Verbandes wird es auffallen, daß die Kollegen in Ober-Schöneweide in unmittelbarer Nähe der Intelligenz- und Hauptstadt Berlin sich noch um einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. wöchentlich herumdrücken, während sehr viele Ortsgruppen, wo die Kollegen viel weniger verdienen, denselben längst eingeführt haben. Das kann den Ober-Schöneweidern nicht gerade zum Ruhm gereichen und sie werden hoffentlich recht bald diesen Schein rückständiger Opferwilligkeit von sich abstreifen und durch Einführung des 70 Pfgsbeitrages alle anderen Gruppen unseres Verbandes übertreffen.

Rath-Heumar. Unsere Ortsgruppe will einmal nach langer Zeit unser Organ in Anspruch nehmen und den Kollegen draußen zeigen, daß wir auch noch in Tätigkeit sind. Am Sonntag, den 13. Januar in unserm Lokale bei Klein eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Zunächst fand Wahl des Vorstandes statt. Aus dieser Wahl gingen Heinrich Lüderath als erster, Johann Krämer als zweiter Vorsitzender, Wilhelm Soest als Kassierer, Johann Zins als Schriftführer, Heinrich Hagenberg und Heinrich Meyer als Vertretungsleute, Martin Polbach und Anton Smets als Revisoren hervor. Alle Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprachen ihr Amt treu zu erfüllen, für den Verband zu agitieren und für dessen Ausbreitung zu sorgen.

An alle Kollegen, besonders an diejenigen, die sich nie in den Versammlungen sehen lassen, ergeht daher der Ruf: Besucht die Versammlungen, agitiert für unsern Verband, dann wird es uns auch gelingen, noch manche, die uns fernstehen, für uns zu gewinnen und für unsere gute und gerechte Sache zu begeistern!

Deshalb Kollegen, mit frohem Mut ins neue Jahr hineingehaut, laßt uns keine Arbeit; mit 30 Kollegen sind wir ins neue Jahr eingetreten, sorgen wir dafür, daß sich die Zahl verdoppelt und verdreifacht. Wenn einmal alle unsere Mitglieder fleißig und unermüdblich agitieren und jeder Einzelne sich verantwortlich fühlt, werden wir dieses Ziel mit leichter Mühe erreichen.

Essen-Rüttenscheid. „Rheinische Sam-
merwerke“. Dieses wäre eigentlich, wenn man die
Arbeitsverhältnisse in Betracht zieht, der richtige Name
für die Rheinischen Hammerwerke in Essen-Rütten-
scheid. Auf dem Werk sind etwa 30 erwachsene
Arbeiter und 35 Lehrlinge beschäftigt. Wie es mit
der Ausbildung der letzteren aussieht, zeigt sich,
wenn man einen Dreherlehrling, der bereits 2
Jahre gelernt hat, fragt, wie viel ein Zoll in
Mikrometern ist. Auf diese Frage kann keiner der
Jungen eine Antwort geben. Dagegen lernen sie
etwas anderes: Diese Jungen verwohen tatsächlich.
Die Feder sträubt sich, auch nur eines der Worte
zu schreiben, welche die Jungen zu hören bekom-
men, und sogar von Vorgesetzten. Allen voran ist
Herr Vorarbeiter N., einer von der roten Couleur.
Dieser Heiß bringt es sogar fertig, den Lehrlin-
gen, welche an Bohrmaschinen beschäftigt sind, die zer-
brochenen Spiralschrauber am Lohn abzuhalten. Auch
mit der Gewerbeordnung nimmt man es auf dem
Werk nicht allzu genau. Deftiger hält man sogar die
Lehrlinge unter 16 Jahren an, Ueberstunden zu
machen.

Die Arbeitsverhältnisse der Schlosser, Dreher und
Schmiede sind auch miserabel. Die Akkorde sind so
niedrig, daß es den Leuten trotz Anstrengung ihrer
ganzen Kraft kaum möglich ist, einen anständigen
Lohn zu verdienen. So verdiente in einem Fall
ein Schlosser im Alter von 50 Jahren in 4 Stun-
den — 1 Mk. Auch den Drehern sind die Akkorde
so gesetzt, daß sie kaum 4,50 Mk. bis 5 Mk. ver-
dienen können. Die Hilfsarbeiter haben im höch-
sten Falle einen Lohn von 3,50 Mk., wie bei einem
solchen niedrigen Lohn ein verheirateter Mann mit
seiner Familie existieren soll, ist jedem ein Rätsel.
Auch in Ueberstunden macht man viel. So besteht
für die Schmiede, die doch den ganzen Tag schwer
arbeiten müssen, durchweg die 11stündige Schicht
Eine Ungerechtigkeit ist es ferner, daß man den
Dienstag, der von morgens 4 Uhr bis abends
7 Uhr arbeiten muß, gewissermaßen jeden Tag 3
Stunden umsonst arbeiten läßt. Er bekommt nur
die für Material bezahlt, die von den Schmieden
verarbeitet werden. Also morgens von 4 bis 6 Uhr
und mittags von 12 bis 1 1/4 Uhr, während welcher
der Mann das Feuer anmacht resp. anhält, arbeitet
der Mann umsonst.

Über auch in sonstiger Beziehung ist das Werk
ein Eldorado. In Punkt Behandlung sind es be-
sonders die Herren Betriebsführer, Werkmeister und
der obengenannte Vorarbeiter, N., die manches zu
wünschen übrig lassen. Alles geht den Herren nicht
schnell genug, das ist auch der Hauptgrund, wes-
halb die meisten Arbeiter dem Werk so schnell den
Rücken kehren. Der reinste Laubenschlag mit heiß
offenstehender Klappe. Die Auslöschung nimmt man
eine Viertel Stunde nach Schluß der Arbeitszeit vor.
Dabei ist es schon vorgekommen, daß die volle
Summe des verdienten Geldes in der Wohnkütte nicht
enthalten war. Ueber Werkzeuge, Licht und Luft in
den Arbeitsräumen wollen wir heute kurz hinweg-
gehen.

Wir sehen, auf dem Werk herrschen Zustände,
die eines deutschen Arbeiters unwürdig sind. Aber
wie verhält sich demgegenüber die Arbeiterschaft?
Bis vor vier Monaten war von gewerkschaftlicher
Organisation keine Spur vorhanden. Da auf ein-
mal hatte sich ein verführter christlicher Metallar-
beiter eingeschlichen, der die Arbeiter aufzuklären
begann. Da gingen ihnen die Augen auf; sie er-
kannten allmählich, daß sie einzeln ohnmächtig dem
Unternehmerrum preisgegeben, zusammengepackt
eine Macht bilden. Die Herren vom Rheinischen
Hammerwerk glaubten dieser Bewegung dadurch
einen Ramm entgegenzusetzen zu können, indem sie
unsern Kollegen den Stahl vor die Tür setzten.
Man wollte ihn einfach brutlos machen. Aber gerade
dieser Vorgang öffnete den Kollegen die Augen noch
mehr, sie errieten klammernden Protest, indem sie
sich in einer Betriebsversammlung fast sämtlich un-
serem Verband anschlossen. Und nun Kollegen der
Rheinischen Hammerwerke, jetzt gearbeitet, daß auch
der letzte Mann, der noch indifferent beiseite steht,
sich unserem Verbands anschließen. Erst dann, und
nur dann, werden die größten Missethäter bestraft.
Wenn die Gesellschaft nicht gutwillig will, nun
dann werden wir uns die nötige Freiheit er-
kämpfen!

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß!

Mülheim (Rhein). Am 22. Dez. v. Js. hiel-
ten wir eine Generalversammlung ab zwecks Ein-
führung eines Lokalbeitrags. Begründet wurde dieser
Antrag durch die Kollegen Gink und Panquet. Die-
selben führten unter anderem aus, das schon eine
ganze Reihe Jahrestellen unseres Bezirks den Lokal-
zuschlag eingeführt hätten. Da dürfe und wolle auch
Mülheim nicht zurückbleiben. Durch den Lokalzuschlag
wollen wir zunächst unsere Lokalkasse so stärken, daß
sie uns jederzeit eine Stütze sei, sodaß wir bei etwa
bevorstehenden Lohnkämpfen nicht nötig hätten, uns
gleich der Sammelisten zu bedienen. Besonders solle
die Lokalkasse auch dann dem einzelnen Kollegen eine
Stütze sein, wenn unverschuldete Not und Elend über
ihn und seine Familie hereinbricht. Dann soll der
Lokalzuschlag aber auch dazu dienen, daß wir in
absehbarer Zeit einen Lokalbeamten anstellen können.
Der Mangel eines solchen macht sich uns täglich
fühlbarer, besonders, da der sozialdem. Verband jetzt
schon den zweiten angestellt hat. Auch die Bezirks-
agitation erfordert von den einzelnen Ortsgruppen
eine reichhaltige Unterstützung.

Nach einer längeren regen Debatte wurde fast
einstimmig beschlossen, vom 1. Febr. 1907 ab einen
Lokalzuschlag von wöchentlich 10 Pfg. zu erheben.

Und nun Kollegen von Mülheim und Umgegend,
besonders diejenigen, die nicht auf der Generalver-
sammlung anwesend waren, bringt gern das euch
auferlegte kleine Opfer, welches für die weitere Ent-
wickelung unserer Ortsgruppe notwendig war, und
welches ja auch den Mitgliedern wieder zu gute
kommt. Auf dem, mit alter Begeisterung und frischer
Kraft zur Erreichung unserer gewerkschaftlicher Ziele.

Schwaben. Wir müssen auch einmal im
Organ etwas von uns verlauten lassen, damit die
Kollegen draußen sehen, daß wir wenigstens noch
am Leben sind.

Am 6. Januar fand unsere diesjährige ordent-
liche Generalversammlung im Lokal Feuerlein statt.
Dieselbe war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende
Kollege Pütz begrüßte die Erschienenen aufs herz-
lichste und dankte den Ausführenden sowie allen Mit-
gliedern für ihre Mühe und Opfervilligkeit, sowie
Agitation, welche sie im verflossenen Jahre dem
Verband geleistet haben. Es wurde dann zur Neu-
wahl vorgegangen, welche folgenden Resultat ergab:
1. Vorsitzender Johann Pütz, 2. Vorsitzender Georg
Zehrer, Kassierer Faver Bez, 1. Schriftführer Georg
Stek, 2. Schriftführer Michael Suchst, Revisoren
Andreas Gd, und Christian Zeiler. Als Vertrauens-
männer: Albang, Reidel, Zeitzer, Waldmüller.
Sämtliche nahmen die Wahl dankend an, worauf
Kollege Ludwig noch einen Vortrag über die Not-
wendigkeit der christlichen Gewerkschaften hielt, wel-
cher mit großem Beifall aufgenommen wurde.

Vorsitzender Kollege Pütz schloß dann die Ver-
sammlung um 6 Uhr mit dem Wunsch fest zu agi-
tieren für unsere Sache und stets treu zur Fahne
zu halten.

(Anmerkung der Redaktion. Das ist ein Gene-
ralversammlungsbericht, wie er nicht sein soll. Warum
werden keine Angaben gemacht, wie viel Sitzungen
und Versammlungen stattgefunden haben, wie sie
besucht waren, wie die Mitglieder und Klassenver-
hältnisse sich entwickelt haben, wie es mit der Opfer-
willigkeit der Mitglieder aussieht usw. Solche An-
gaben bilden eben ein Spiegelbild des gewerkschaft-
lichen Lebens in einer Gruppe und haben auch In-
teresse für die übrigen Kollegen wie für die Deffent-
lichkeit. Allgemeine, immerwiederkehrende Redensar-
ten wie vorstehende jedoch nicht. Das gilt auch
noch für viele andere Berichtblätter.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Ausstellung eines neuen Mitgliedbuchs darf
nur die Nummer eingetragen werden, welche das vorher-
gegangene gehabt hat, deshalb sind als Ersatzbücher nur
solche ohne Nummern zu verwenden. Jedes Mitglied
bestätigt die Nummer, welche es im ersten Buche bei seiner
Annahme erhalten hat. Es wird dringend ersucht,
dieses allgemein beachten zu wollen.

Nach **Sauten, Aachen, St. Louis, Berlin,**
Köln und noch viele Andere: Briefe über 20 gr. Ge-
wicht kosten 20 Pfg. Porto. Das weiß doch heute bald
jedes Kind. Das Straipporto hat sich in letzter Zeit
derart gemehrt, daß wir bald dazu übergehen müssen,
alle ungenügend frankierten Sendungen zurückzuweisen.

Zur **Beachtung.** Alle Einwendungen fürs Organ müssen
mit dem Ortsvorstand besprochen sein. Nur bei solchen Kollegen kann
eine Aufnahme gemacht werden, die an der Zentrale persönlich
bekannt sind.

Sterbetafel.



Mürlen. Nach längerer Krankheit starb unser
Mitglied **Wilhelm Schimmer.**
Flensburg. Am 18. Jan. starb unser Kollege
Amus Sommer an Lungenentzündung.
Samboldt-Kolonie. Unser treues Gründungs-
mitglied **Jakob Schemanns** ist im Alter von 60
Jahren gestorben.
Ehre Ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Ame n (St. Georg).** Samstag, den 2. Febr., General-
Versammlung mit Neuwahl des Vorstandes, wozu vollzähliges
Erscheinen dringend erwartet wird
- Bremerhafen.** Alle 14 Tage freitags bei Rata, Deich 56.
Donn. Son tag den 3. Februar nachm. 2 Uhr, im So-
sephische Versammlung mit Frauen.
- Duisburg-Blicke** in Sonntag den 3. Februar nachm.
4 Uhr, bei Kupfers an der Brücke.
- Fortmund.** Sonntag, den 3. Februar, nachm. 6 Uhr bei
Zimmermann, Ditzbrüchstraße. — Unterstützungen werden ausbe-
kahlt vom Kassierer Heinemann, Hohenzburgstraße 641, abends von
7 1/2 bis 9 in Sonntags von 12 bis 2 Uhr.
- Da nicht, Jeden ersten und dritten Freitag im Monat
bei Große (Kleiner Saal) Karlstraße.
- Essen-Volkerhausen.** Sonntag den 10 Febr., vorm. 11
Uhr, Generalversammlung mit Vorstandswahl bei Süßwische.
Variation am 7. Februar fällt aus.
- Essen-Stadt.** Sonntag, den 3. Februar abends 6 Uhr,
Generalversammlung mit Vorstandswahl im Alfredshaus.
- Essen-Steele.** Sonntag, den 3. Februar, morgens 11 Uhr,
bei Sonntag.
- Geisweid.** Jeden 2. Sonntag, im Monat nachmittags
4 Uhr Versammlung im Gasthof Schäfer.
- Graum.** Sonntag, den 3. Februar vorm. 11 1/2 Uhr bei
Sötte, Nordstraße 3 Versammlung mit Vortrag über die Unter-
stützungseinrichtungen im Verbands Referent Kollege Weindrenner.
- Heideberg.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat
abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Loibel, Mohrdorferstraße 47.
- Heilbronn.** Jeden ersten Samstag im Monat abends
8 Uhr im Schönbäcker Hof.
- Hoben.** Samstag 2. Februar nachmittags 4 1/2 Uhr beim
Kollegen Horst Generalversammlung. Die Kollegen müssen voll-
zählig erscheinen.
- Hannover.** Samstag, den 9. Februar abends 8 1/2 Uhr,
Kantinenabend mit Vortrag über die Entstehung und Entwicklung
unseres Verbandes, wozu alle Kollegen mit ihren Damen einge-
laden sind.
- Hoben.** Jeden ersten Donnerstag im Monat bei Volheim,
Marienfelder Mitgliederversammlung.
- Kiel.** Jeden ersten und dritten Samstag im Monat abends
8 1/2 Uhr, im Bote Lokal Kleine Briele.
- Kaiserlautern** Samstag, 2. Februar im Lokal „Zur
neuen Zeit“ am Stützer Generalversammlung mit Neuwahl
des Vorstandes. Altes Ersehen ist Ehrenpflicht.
- Kaiserslautern.** Jeden Sonntag nach dem 1. und 15. eines
jeden Monats, vormittags 11 Uhr, im Gesellschaftshaus, Grund-
mannstraße.
- Stadbach.** Sonntag, den 3. Februar, abends 6 Uhr,
im Verkehrslokal bei Müllers, Generalversammlung mit Neben-
bericht. Neuwahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner, sowie
Beisetzungsbericht über die Einführung eines Lokalbeitrages. Kollegen
erschienen Mann für Mann. Keiner darf fehlen.
- Mannheim.** Samstag, den 2. Februar Generalversammlung
bei Foltner, Schwefelgasse 37. Kein Mitglied darf fehlen.
- Reheim.** Samstag 2. Februar abends 6 Uhr bei Fellwig
Generalversammlung mit Jahresbericht und Vorstandswahl
- Mannheim.** Sonntag, den 2. Februar mittags 2 Uhr Kon-
ferenz für den Bezirk Mannheim. Die Eingeladenen Ortsgruppen
werden dringend ersucht, einen Delegierten zu entsenden
- Münsterberg.** Sonntag 17. Februar nachm. 2 Uhr, im Pro-
saale des kath. Gesellenhospiz Generalversammlung mit Neuwahl
des Vorstandes. Ehrenpflicht ist es vollzählig zu erscheinen.
- Newiges.** Sonntag, den 10. Februar 1907 vorm. 11 Uhr,
im Lokale bei Joh. Espei Wilhelmstraße Mitgliederversammlung.
Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht
- Ratingen.** Jeden ersten und dritten Sonntag im Monat
vormittags 11 Uhr, im Hirsch.
- Stuttgart.** Samstag, den 2. Februar, abends punkt 8 Uhr
Generalversammlung, wozu die Mitglieder vollzählig zu erscheinen
haben.
- Wiesbaden.** Samstag, 9. Februar abends 9 Uhr, in der
Stadt Reibenburg. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

**Kollegen! Besucht regelmäßig alle Ver-
bands-Versammlungen und werbet unermüd-
lich neue Mitglieder!**

Welcher der Herren Kollegen kann mir angeben welche
Fabrik als Spezialität Innere und äußere Wahl-
körper für Kaffeemühlen liefert.
Ankunft erbeten an **J. Blaz, Kaiserlautern**
Pariserstraße 166 — und zwar per Post —
Nachnahme.

Ein Feilenhauer

auf Mittelorten sowie ein Feilenhauer der auch gleich-
zeitig das Härten gründlich versteht auf dauernd gesucht.
Fr. Winterhoff,
Köln-Indenthal.